

Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 3/2026



Afghanistan

Vor 25 Jahren begann der Einsatz
am Hindukusch

Das Boxerprotokoll 1901

Friedensdiktat im Fernen Osten

Schlacht um Kiew 1941

Strategiedilemma, Kesselschlacht und
Massenmord



Kein Hollywood, sondern Auftrag

Zur Aufstellung des KSK



ZMS BW
Zentrum für Militär- und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

MILITÄR
HISTORISCHES
MUSEUM

Dresden

Sonderausstellung

WUNDER WAFFEN

Propaganda und Kriegstechnik
im Nationalsozialismus



BUNDESWEHR

13/03/2026
bis 09/03/2027

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es hatte durchaus den Charakter eines Abenteuers, als wir Anfang 2002 in Bagram nördlich von Kabul gelandet waren und somit der Einsatz des 1. Deutschen Kontingentes Afghanistan begonnen hatte. Mit spärlichen Informationen mussten wir ins Ungewisse hinein handeln. Aber die Nebelwand begann sich zu lichten und zum Ende unseres Einsatzes waren wir durchaus erfüllt von Zuversicht für eine gute Entwicklung in Afghanistan: Die Übergangsregierung hatte Fuß gefasst, die große Ratsversammlung als Auftakt zu einer neuen Verfassung verlief ohne Zwischenfälle, Kabul begann wieder zu leben, die Mädchen gingen wieder zur Schule.

Dass dieser Einsatz dereinst mit dem Zusammenbruch praktisch aller aufgebauter Strukturen enden würde, wäre uns damals nicht in den Sinn gekommen. Aber es ist gerade die Fallhöhe von anfänglicher Zuversicht zum dramatischen Ende, aus der die Lehren aus diesem Einsatz gezogen werden sollten. Einige Gedanken hierzu:

Aus heutiger Sicht täuschte zur Anfangszeit eine Art Vakuum, das nach der Flucht von Taliban und Al-Qaida entstanden war, über das »wahre Gesicht Afghanistans« hinweg. Dieses nahm erst allmählich Gestalt an und blieb trotzdem ein Geheimnis, weil es durch die Augen des Westens nicht verstanden wurde. So musste auch das Ziel eines sich selbst tragenden Demokratisierungsprozesses Afghanistans gänzlich verfehlt werden. Die entscheidende Bedeutung der Analyse aus der Perspektive der Einsatzregion, deren Historie, deren kulturellen und religiösen Lebenswelten, deren Menschen und Machtstrukturen, ist eine der großen Lehren aus Afghanistan. Hier hätte die extreme Diskrepanz zwischen dem Ziel der internationalen Mission und den tatsächlichen Gegebenheiten in Afghanistan deutlich werden können. In jedem Fall hat Afghanistan gezeigt, dass der Prozess des *Nation Buildings* ohne zivile Aufbauressourcen – im Gleichklang und gleichgewichtig zu den militärischen – nicht funktionieren kann. Nur so hätte die Bevölkerung für den Einsatz gewonnen werden können.

Mit Blick in die Bundeswehr hinein hat Afghanistan sie sicherlich in ihrem Selbstverständnis verändert wie nie ein Einsatz zuvor. Das scharfe Ende des Soldatenberufs mit Bewährung im intensiven Kampf unter asymmetrischen Bedingungen und mit Verwundung und Tod wurde zur bitteren Realität. Durch Afghanistan wurden die Gesetze der Soldatenversorgung neu gefasst, die Gedenkkultur weiterentwickelt, eine Veteranenkultur geschaffen. Ja, durch Afghanistan ist die Bundeswehr erwachsener und professioneller geworden.

Was bleibt nun als Quintessenz im Zeichen der aktuellen Herausforderungen: Einsätze ähnlich wie Afghanistan – nie wieder!? Da wäre ich vorsichtig. Wir können uns die Bedrohungen in dieser Welt nicht aussuchen, zumal die Bedrohungsfelder immer hybrider werden und uns Afghanistan ähnliche Herausforderungen überall begegnen könnten.

Liebe Leserinnen und Leser, in diesem Sinne darf ich Ihnen die folgenden vertiefenden Betrachtungen, mit denen die **Militärgeschichte** dankenswerterweise dem Afghanistan-Einsatz einen Schwerpunkt gewidmet hat, sehr empfehlen.



Generalleutnant a.D. Carl-Hubertus von Butler
2002 Kommandeur 1. Dt. Kontingent ISAF



C.-H. von Butler

Militärsgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



picture alliance / dpa | Marjan Murat

6

Vier sind eine Einheit: 1996 wurde das KSK aufgestellt, vier Soldaten bildeten seither einen Trupp.



picture alliance / imageBROKER | Pictures From History

Kämpfe in Fernost: Die »Boxer« lehnten sich gegen fremde Einflüsse auf.



General Flugsicherheit der Bundeswehr

20

Rettung in letzter Sekunde: im Schleudersitz aus der »Starfighter«-Krise



Bundeswehr / Roman Heinrichs

14

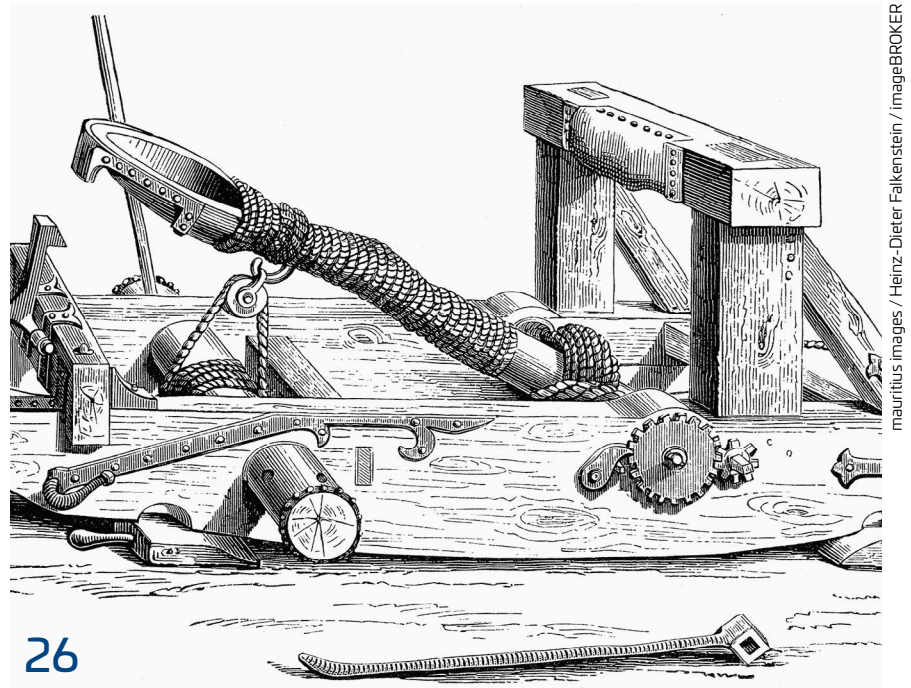
Kampfeinsatz ohne Strategie: Vor 25 Jahren wurde der Einsatz in Afghanistan beschlossen. Es sollte einer der längsten Auslandseinsätze der Bundeswehr werden.



picture alliance / ulstein bild

30

Fast 800 Tage: So lange besetzten deutsche Truppen nach der Schlacht um Kiew die Stadt im Zweiten Weltkrieg.



mauritus images / Heinz-Dieter Falkenstein / imageBROKER

Antike Artillerie:
Versuch einer Rekonstruktion eines
römischen Torsionsgeschützes

Inhalt 3/2026

6 BUNDESWEHRGESCHICHTE

James Bond lässt grüßen?

Die Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte
1993 bis 1996

14 BUNDESWEHRGESCHICHTE

Ambitionierte Solidarität

Der Beginn des deutschen Afghanistan-
Engagements 2001

20 MILITÄRGESCHICHTE IM BILD

Der »Starfighter« – Eine gefährliche Affäre?

22 INTERNATIONALE MILITÄRGESCHICHTE

Das Boxerprotokoll

Ende eines nicht erklärten Krieges

26 IM BLICKPUNKT

Römisches Torsionsgeschütz

28 GESCHICHTE KOMPAKT

Völkerbund | 1926

Spanischer Bürgerkrieg | 1936

Operation »Entebbe« | 1976

Auflösung des Warschauer Paktes | 1991

30 ZWEITER WELTKRIEG

Die Schlacht um Kiew 1941

Strategiedilemma, Kesselschlacht und Massenmord

34 SERVICE

Bücher | Medien

Ausstellungen | Der besondere Tipp

Impressum

Coverbild: In einer gestellten Szene sichern zwei Kommandosoldaten die Umgebung, 16. September 2020.

Bundeswehr/KSK

James Bond lässt grüßen?

Die Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte 1993 bis 1996

Das Kommando Spezialkräfte umweht seit jeher ein Mythos. Welche Aufträge das KSK erfüllt und wer dieser Eliteeinheit angehört, unterliegt weitgehend der Geheimhaltung. Die deutschen Kommandosoldaten gehörten zu den ersten Einsatzkräften in Afghanistan nach den Terroranschlägen von »9/11«. Der Entschluss zur Aufstellung eigener deutscher Spezialkräfte erfolgte indes bereits in den 1990er-Jahren, als klar wurde, dass die Bundeswehr ein neues Aufgabenspektrum erfüllen muss.

Von Martin Rink

Im Jahr 2026 begeht das Kommando Spezialkräfte (KSK) seinen 30. Geburtstag. Als Initialzündung für die Aufstellung deutscher Spezialkräfte gilt gemeinhin das Frühjahr 1994. Die auch von hochrangigen Zeitzeugen bestätigte offizielle Lesart knüpft die Entstehung des KSK an eine deutsche Defiziterfahrung: Als im Frühjahr 1994 elf deutsche Staatsbürger aus dem vom genozidalen Bürgerkrieg erschütterten ostafrikanischen Land Ruanda evakuiert werden mussten, wurde deutlich, dass hierzu geeignete eigene Kräfte fehlten. Die Mitarbeiter des Auslandssenders »Deutsche Welle« und ihre Familienmitglieder konnten daher am 13. April 1994 nur durch belgische Fallschirmjäger gerettet werden. Die Bundeswehr bedurfte also einer Truppe, die in der Lage war,



Sonderabzeichen Kommandosoldat: Zeichen für den erfolgreichen Abschluss der Basisausbildung im KSK

Geiselnbefreiungen, Evakuierungen und weitere Spezialoperationen durchzuführen.

Der dann offiziell am 20. September 1996 am Standort Calw in Dienst gestellte Verband war von Anfang an umstritten. Kritische Stimmen aus Politik, Presse und Öffentlichkeit hinterfragten die Notwendigkeit eines solchen Truppenteils. Sie sorgten sich auch um die Verfassungstreue einer weitgehend im Verborgenen operierenden und daher politisch schwieriger zu kontrollierenden Elitetruppe. Aufgrund des weitgehenden Fehlens eigener Erfahrungen stützten sich die Vorstellungen über Spezialkräfte in Deutschland zu jener Zeit vor allem auf Bilder von der Kinoleinwand: Als Verkörperung von Spezialkräften erschien vielen der im



Der Wille entscheidet: 1996 wurden die ersten Soldaten Teil der neuen Elitetruppe des KSK. Obwohl sie für härteste körperliche Herausforderungen ausgebildet werden, ist häufig die mentale Stärke für eine erfolgreiche Mission ausschlaggebend, Foto vom 17. September 1996.

Film seit dem Jahr 1962 geläufige Commander James Bond. Hinzu kam in den 1980er-Jahren Captain John J. Rambo. Beide kannte das Publikum durch ihre Bewährung in aussichtslosen Situationen, nicht aber durch besondere Neigung zu Regeltreue und gewaltarmer Konfliktlösung.

Spezialkräfte – (k)ein Thema für die Bundeswehr

Als Gesamtorganisation hatte die Bundeswehr wenig Erfahrung mit speziellen Operationen. Auch insgesamt standen Konflikte, die später als »asymmetrisch« bezeichnet wurden, kaum auf ihrer Agenda. Schon das vermeintliche Gründungsdokument, die Himmeroder Denkschrift von 1950, hatte jegliche Verteidigungskonzeption im Sinne eines Partisanenkampfes unter Verweis auf den Charakter des deutschen Soldaten

sowie auf das hierfür ungeeignete Gelände in Mitteleuropa ausgeschlossen. Mit Aufstellung der Bundeswehr ab der Jahreswende 1955/56 spielte diese Verteidigungskonzeption keine Rolle. Zwar rieten bereits zu dieser Zeit interne Gutachten dazu, gegnerische Untergrund- und Partisanentruppen durch für diese Zwecke geschulte Sonderformationen zu bekämpfen. Doch fokussierten sich die Landstreitkräfte der Bundeswehr des Kalten Krieges derart auf das gepanzerte Gefecht, dass Kommandoaufgaben als geradezu exotisch erschienen.

Nach heutigem Verständnis galten während des Kalten Krieges lediglich die Kampfschwimmerkompanien der Marine als Spezialeinheiten der Bundeswehr, während die 1962 aufgestellten (und zwischenzeitlich aufgelösten) drei Fernspähkompanien des Heeres in heutiger Diktion als »Spezialisierte Kräfte« gelten würden. Dagegen nahmen die

neun Fallschirmjäger- und drei Gebirgsjägerbataillone zwar vom militärischen Habitus her teils einen elitären Nimbus für sich in Anspruch, doch waren sie durch Wehrpflichtige ergänzt und verfügten auch sonst nicht über jene technisch anspruchsvolle Ausrüstung und taktischen Verfahren, die zur gleichen Zeit beim britischen *Special Air Service* (SAS) oder den US-amerikanischen *Special Operations Forces* gebräuchlich waren.

Erst nach 1990 rückten für die Bundeswehr Aufgaben in den Fokus, die auch neue Fähigkeiten erforderlich machten. Mit Hochdruck arbeitete man auf der Bonner Hardthöhe an der Ausplanung neuer Heeresstrukturen – und nach dem Vorfall in Ruanda ab 1995 auch an der konkreten organisatorischen Gestalt des künftigen KSK. Bereits ab 1992 waren drei Einheiten der Fallschirmjägertruppe zu Kommandokompanien um-



Neues Verfahren: Das sogenannte *fast roping*, also das extrem schnelle und ungesicherte Abseilen aus einem Hub-schrauber, wurde mit Aufstellung des KSK in der Bundeswehr zugelassen.

gegliedert worden. Ein Jahr später berichtete ein Lehrstabsoffizier an der Luftlande-/Lufttransportschule in Altenstadt über die ersten Erfahrungen eines neuen Lehrgangs zum Kommandokampf. Allerdings untersagte noch zu

Jahresbeginn 1995 der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hartmut Bagger, die Verwendung der Bezeichnung »Spezialkräfte«. Stattdessen sollte einstweilen nur von »Verfügungskräften des Heeres« gesprochen werden. Bekannt-

ermaßen war das im Aufbau befindliche KSK dennoch bald Gesprächsstoff. Davon zeugt ein Auskunftsbegehren des Wehrbeauftragten vom März 1995 zur möglichen Ausbildung von Kommandosoldaten für Auslandseinsätze genauso wie eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei Bündnis 90/Die Grünen an die Bundesregierung zu Weihnachten 1996.

Spezialkräfte – Spezialisierte Kräfte

Die Angehörigen des Kommandos Spezialkräfte gehören zusammen mit der Fallschirmjäger-, der Gebirgsjäger-, der Jägertruppe sowie der Panzergrenadierttruppe zur Infanterie. Die Spezialkräfte bilden eine eigene Truppengattung. Zur Zeit der Aufstellung bestand die kleinste Gliederungsebene aus dem Trupp. Einen solchen bildeten analog zu Vorbildern der U.S. Army und des britischen *Special Air Service* (SAS) vier Kommandofeldweibel: ein Öffnungstechniker (*breacher*), ein Waffenspezialist, ein Soldat mit spezifischer Sanitätsausbildung (*combat medic*) sowie ein Spezialist für Funk- und Fernmeldetechnik. Ferner waren die ihrerseits aus vier Trupps bestehenden Züge auf spezifische Verbringungsarten optimiert:

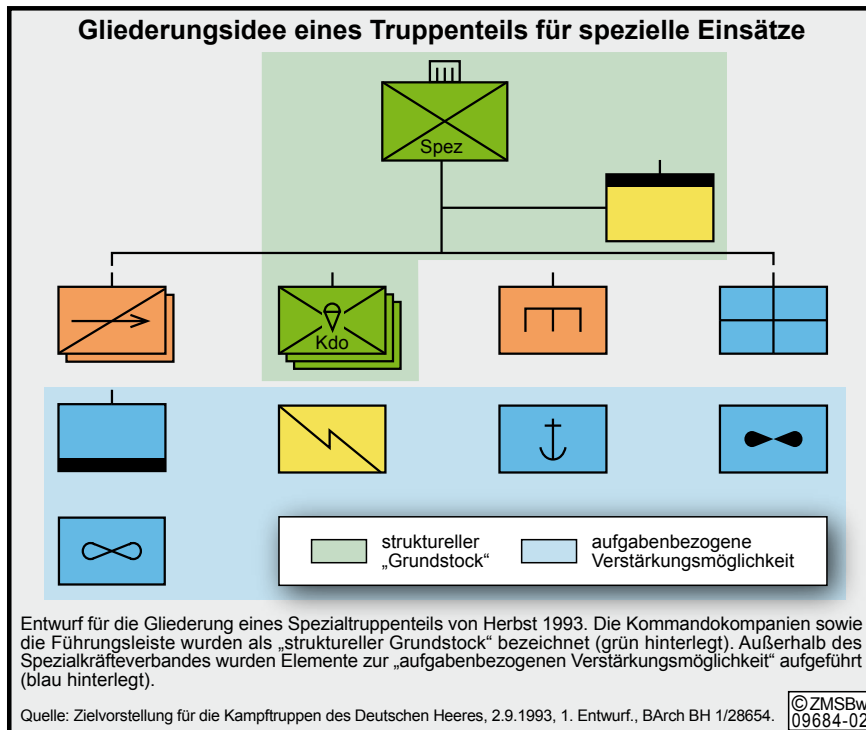
1. »Land«: Landbeweglichkeit in gemäßigten und wüstenähnlichen Klimaverhältnissen sowie Transport von schweren Waffen; 2: »Luft«: vertikales Eindringen mit Freifallfähigkeiten aus großer Höhe; 3. »Wasser«: amphibisches Verbringen und Eindringen sowie 4. Einsatz im Hochgebirge und unter arktischen Verhältnissen.

Die Dienstgradnotierung liegt regelmäßig eine oder zwei Stufen über der von »normalen« Truppenteilen. Neben den Kommandokompanien gehören weiterhin Führungs-, Unterstützungs- sowie Sanitätselemente zum KSK; hinzu kommen ein Ausbildungs- und Versuchszentrum, in dem auch die Eignungsfeststellung vorgenommen wird.

Im Zuge der Aufstellung der *Spezialkräfte* wurde deutlich, dass es außerhalb des KSK auch *spezialisierte Kräfte* bedurfte. Zu ihnen zählten etwa die Fernspähtruppe, aus denen später die Aufklärungskräfte der Fallschirmjägerregimenter hervorgingen, sowie Fallschirmjäger mit *Erweiterter Grundbefähigung*.

Das KSK in der »Organisation Bundeswehr«

Die Geschichte des KSK wurde bisher zumeist unter drei Gesichtspunkten betrachtet: erstens über seine Operationen, zu denen aber naturgemäß nur wenig öffentlich verlaubliche Erkenntnisse vorliegen. Zweitens wurde der Verband von seinen (ehemaligen) Angehörigen beschrieben, die detailliert das extrem fordernde Auswahl- und Ausbildungsprogramm nachzeichneten – und damit stets ihre Identität als Elite im Sinne von »Auswahl« klar betonten. Drittens begegneten Teile der Öffentlichkeit, vor allem der Presse und des politischen Raums, militärischen Eliteformationen oft negativ oder doch ambivalent: Insbesondere die Fallschirmjäger erschie-



nen mitunter als schwer kontrollierbare Krieger – dies galt erst recht für die Kommandosoldaten. Ein vierter Punkt allerdings fand bisher kaum Aufmerksamkeit: Die Frage nach der organisatorischen Ausplanung eines Spezialkräfteverbandes, für dessen Gestalt es in der Bundeswehr keine Vorbilder gab.

Ohne auf die noch der Geheimhaltung unterliegenden Operationen des KSK eingehen zu können, liefern die zugänglichen Archivquellen wertvolle Einblicke in die Planungsprozesse zu Aufgabe und Gliederung des KSK. Für die Spezialkräfte in Calw wurde ein Truppenteil mit völlig neuartiger Struktur geschaffen. Diese unterschied sich klar von jenen organisatorischen Leitbildern, die das westdeutsche Heer seit Ende der 1950er-Jahre gekennzeichnet hatten. Dies war vor allem der gepanzerte Großverband, der sich organisch aus Elementen verschiedener Truppengattungen zusammensetzte, um so im Gefecht der verbundenen Waffen gegen ebenfalls gepanzerte Großverbände der Gegenseite bestehen zu können. Abgesehen von der in Teilen nuklearfähigen Raketenartillerie war das Feldheer organisatorisch auf gepanzerte Kräfte fokussiert.

Gegenüber der gemischten gepanzerten Brigade und ihrem Einsatz im Gefecht der verbundenen Waffen traten infanteristische Aufgaben wie der – individuell fordernde, doch mit technischer Minimalausstattung zu bewältigende – Jagdkampf der leichten Infanterie in den Hintergrund. Das Territorialheer dagegen hatte im Verteidigungsfall zwar zen-

trale Aufgaben zu erfüllen, doch galten seine Truppenteile geradezu als das Gegenteil einer Elite, schließlich waren sie zumeist mit Reservisten aufzufüllen. Indessen forderten die Heeresplaner schon vor dem Mauerfall eine »professionellere« Truppe. Damit meinten sie insbesondere eine modernere Ausrüstung und mehr Stellen für länger dienende Soldaten.

Zu Jahresbeginn 1995 wurde auch in der Öffentlichkeit erstmals breiter über die geplante neue »Spezialtruppe« berichtet. Zum Beispiel warnte das Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« alarmistisch vor Plänen des Verteidigungsministeriums, angeblich 50 000 Soldaten der Bundeswehr für weltweite Interventionsaufgaben bereit zu stellen. Dabei rückte das Blatt auch den »Krieg im Kleinform« in den Blick, also Kommandoaufgaben wie etwa Geiselnbefreiungen. Gewohnt süffisant hieß es: »180 möglichst eiskalte Elitkämpfer hat die Bundeswehr in der Abgeschiedenheit Oberbayerns schon ausgebildet.« Hinter solchen Formulierungen verbarg sich wohl auch eine gewisse Unsicherheit.

Der (Anti-)Mythos von Rambo

Hier, wie auch in anderen Fällen, kontrastierte das Staunen der Presse mit



Rambos unerwünscht: »Kommandosoldaten« kannte die Mehrheit der Deutschen nur aus Actionfilmen wie »Rambo – First Blood« aus dem Jahr 1982.



picture alliance / Sammlung Richter

Vorbild für Elitesoldaten? James Bond, hier gespielt von Pierce Brosnan, war, obwohl britischer Geheimagent, für viele eine Symbolfigur in Debatten um das Bild des künftigen KSK-Soldaten.

und ging nach nochmaligem Feinschliff im Februar 1994 in den ministerialen Mitzeichnungsprozess.

Über ein halbes Jahr vor den Ereignissen in Ruanda entwarfen also bereits Planer auf der Hardthöhe Konzepte, aus denen später das KSK hervorgehen sollte. Ungeachtet der friedlichen Umgebung auf dem Bonner Hardtberg trugen die Planer dabei einen »Kampf im Büro« aus. Es war eine Auseinandersetzung zwischen Mentalitäten, Generationen und Truppengattungen. Während eine Seite die Aufstellung einer neuen Truppengattung mit Kommandofähigkeiten bevorzugte, rügte die andere Seite diese Idee als James-Bond-Fantasie. Die für die Operationsplanung Zuständigen im Führungsstab des Heeres forderten das Festhalten an gepanzerten Kräften, während die für die Neuplanung des Heeres zuständigen Bereiche die Auf-

stellung global verlegbarer, möglichst luftbeweglicher Truppen verlangten. Nicht zufällig trugen die Vertreter der einen Seite häufig das schwarze Barett der Panzertruppe, die der anderen das bordeauxrote der Fallschirmjäger.

Schon 1991 hatte die vom Bundestag beauftragte sogenannte Jacobsen-Kommission ein Konzeptpapier zu den künftigen Aufgaben der Bundeswehr vorgelegt. Für künftige Auslandseinsätze sollten hierfür optimierte Truppenteile ausgeplant werden. Dieser Richtung folgten auch die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992. Zumindest nach außen bildete aber das Jahr 1994 einen allgemeinen Wendepunkt in der Militärpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

1994 – Bundeswehr im Umbruch

Unter dem Banner der Vereinten Nationen stand die Mission UNOSOM II in Somalia, in der von März 1993 bis März 1994 erstmals zwei größere deutsche Kontingente in ein weit entferntes und vom Bürgerkrieg zerrüttetes Land ent-

sandt wurden. Unter diesem Eindruck stand auch das im April 1994 veröffentlichte Weißbuch der Bundesregierung, in dem Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Volker Rühe die Bedeutung globaler Bundeswehr-Missionen herausstellten. Drei Monate später, am 12. Juli 1994, entschied das Bundesverfassungsgericht, dass Einsätze der Bundeswehr »Out-Of-Area« im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme grundsätzlich verfassungsgemäß sind und regelte die Modalitäten für die Entsendungen deutscher Soldaten in Auslandseinsätze. Auch organisatorisch war die Bundeswehr zu dieser Zeit in Bewegung: Der 1990 geschlossene Zweiplus-Vier-Vertrag machte völkerrechtlich den Weg zur deutschen Einheit frei, verknüpfte sie aber mit der Forderung, das Personal der geplanten, gesamtdeutschen Streitkräfte binnen vier Jahren auf 370 000 Stellen zu begrenzen. Von 1990 bis 2011 durchlief das Heer eine nahezu ununterbrochene Phase tiefgreifender Strukturänderungen. Zwar bildete die 1994 bis 1997 geplante Struktur »Neues Heer für Neue Aufgaben« eine mar-



picture alliance / dpa | Marjan Murat

Bei Gefahr im Verzug: Seit seiner Aufstellung wird das KSK in akute gefährliche Missionen geschickt. Über diese Einsätze entscheidet im Bedarfsfall der Verteidigungsminister, derzeit Boris Pistorius (r.), hier zu sehen bei einem Besuch des KSK in Calw im Februar 2026.

kante Wegscheide. Doch schon die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 gliederten die Truppe in verschiedene Krätekategorien: Während die Hauptverteidigungskräfte zur Landesverteidigung in den Hintergrund rückten, traten die Krisenreaktionskräfte in den Vordergrund. Insofern waren die Spezialkräfte nur Teil einer allgemeinen Neukonzeption.

Wenn 1994 als eine Wegmarke der Auslandseinsätze der Bundeswehr gilt, so betrifft das vor allem die Schauseite der politischen Kommunikation. Denn der planerische Vorlauf zur Konzeption deutscher Spezialkräfte war ja schon lange davor angelaufen und der Aufstellungsprozesses endete zudem keineswegs mit der offiziellen Indienstellung des KSK 1996.

Im Jahr 1994 änderte sich auch der Aufgabenzuschnitt zwischen Polizei und Bundeswehr. Die Aufstellung der GSG 9 des Bundesgrenzschutzes beruhte ebenfalls auf einer Defiziterfah-

rung: Unmittelbar nach dem Münchner Olympia-Attentat auf israelische Sportler im September 1972 war klar geworden, dass es einer polizeilichen Spezialtruppe mit der Befähigung zur Geiselnbefreiung und zum Antiterrorereinsatz bedurfte, sodass umgehend die GSG 9 aufgestellt wurde. Fünf Jahre später kam diese Einheit in Somalia bei der Befreiung der Passagiere der entführten Lufthansamaschine »Landshut« erfolgreich zum Einsatz. Gleichwohl blieben – bis auf die Fallschirmsprungausbildung bei der Bundeswehr – die organisatorischen und einsatzbezogenen Welten zwischen der deutschen Polizei und den Streitkräften getrennt. Da der Bundesgrenzschutz im November 1994 seine Funktion wandelte und damit auch den vormaligen Kombattantenstatus verlor, versinnbildlicht die Aufstellung des KSK die bundesrepublikanische Abgrenzung zwischen Polizei- und Militäraufgaben. Gleichwohl erfolgten – insbesondere in der Anfangsphase – Teile der Ausbil-

dungsunterstützung für künftigen Kommandosoldaten durch die GSG 9. Andere Ausbildungsabschnitte wurden durch Alliierte unterstützt – insbesondere durch den britischen SAS sowie durch die USA. Auch Kontakte zu israelischen Spezialkräften wurden genutzt.

Aufstellungsschritte ab 1996

Ab April 1996 befand sich das KSK schließlich in Aufstellung. Die in Calw stationierte Luftlandebrigade 25 wurde dafür aufgelöst. Am 20. September 1996 wurde das Kommando formell in Dienst gestellt. Parallel liefen die äußerst fordernden, zeitlich langwierigen Auswahl- und Einstellungsverfahren für die Kommandoanwärter. Noch war der Öffentlichkeit nur wenig über den neuen Truppenteil bekannt. Im Dezember 1996 berichtete ein Kurzartikel in der Zeitschrift »Information für die Truppe« über die künftige Personalstärke von 960 Mann sowie über die Aufgaben und



picture-alliance / dpa | Martin Athenstädt

Retten und Befreien: Die Sondereinheit wurde speziell für schwierige Einsätze in Krisenregionen in aller Welt aufgebaut, hier der Einsatzzug bei einer Übung auf dem Standort Baumholder am 11. September 1997.

Im Spezialeinsatz: Soldaten des KSK setzen einen »gesuchten Warlord« während einer Übung fest, Foto vom 25. November 2015.



Gliederung des Verbandes. Neben einer Stabs- und Fernmeldekompanie seien je eine Unterstützungs- und Fernspäh-Kommandokompanie sowie mehrere Kommandokompanien im Aufbau. Zum Auftragspektrum sollten Nachrichtengewinnung und Aufklärung, ferner der »Schutz auf Distanz« von eigenen Kräften, Evakuierungsoperationen sowie Kampfeinsätze im gegnerischen Gebiet zählen. Bei dem Autor handelte es sich um den zuständigen Referenten im Verteidigungsministerium, der so über seine eigene Planung berichtete. Er versicherte, dass durch das KSK die Aufgabentrennung zu Spezialeinheiten der Polizei, insbesondere der GSG 9, unberührt bleiben würde.

Bis zum 1. April 1997 sollte der neue Truppenteil zur Durchführung einfacher Evakuierungsoperationen bereitstehen. Zweieinhalb Wochen vorher aber, am 13. März 1997, ordnete die Bundesregierung an, deutsche Staatsbürger und andere Personen aus der von Unruhen erschütterten albanischen Hauptstadt Tirana zu evakuieren. Buchstäblich über Nacht wurde ein Evakuierungsverband zusammengestellt – nicht aus Kommandosoldaten, sondern im Kern aus Heeresfliegern und Panzergrenadieren, die als Teil der NATO-geführten

Friedenstruppe SFOR im bosnischen Rajlovac stationiert waren. Dieser Verband evakuierte binnen 20 Stunden 98 Personen per Hubschrauber. Erneut verdeutlichte eine Notsituation den Wert von Spezialkräften, doch befanden sich diese überwiegend noch in den äußerst aufwendigen und zeitintensiven Ausbildungsgängen.

Erste Einsätze

Zur selben Zeit wurde verlautbart, dass in zwei Jahren, also ab 1999, die ersten beiden Kommandokompanien einsatzbereit sein sollten. Bis dahin mussten zudem noch weitere langwierige Prüfverfahren bezüglich des Materials erfolgen sowie Vorschriftenänderungen, um Verfahren wie das Abseilen vom Hubschrauber (*fast roping*) auch für die Bundeswehr zuzulassen. Bis zum Jahr 2000 waren die einschlägigen Dienstvorschriften zu Einsatz und Ausbildung im KSK erarbeitet worden. Zumindest quantitativ war die Kommandotruppe bis Mitte Februar 1999 weitgehend aufgestellt: 54 der geplanten 64 Kommandotrups zu je vier Mann galten nun als einsatzbereit.

Doch war dies nur der Vorlauf zur eigentlichen Geschichte. Nach Einsätzen

auf dem Balkan, etwa zur Festsetzung von Kriegsverbrechern, begann die Aufmerksamkeit für das KSK mit der Operation »Enduring Freedom« in Afghanistan wirklich zu steigen. Und das Aufgabenspektrum umfasste letztlich weit mehr als nur die öffentlich diskutierten Kampfaufgaben. Ungewollt trugen die ersten Planungen auch etwas Prophetisches in sich: Ohne die sechs Jahre später erfolgenden Terroranschläge von »9/11« erahnen zu können, terminierte ein Planungspapier des BMVg im September 1995 das Erreichen der vollen Einsatzbereitschaft des KSK für das Jahresende 2001. Das KSK gehörte dann zu den ersten deutschen Truppenteilen, die in Afghanistan eingesetzt wurden.

Dr. Martin Rink ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Einsatz am ZMSBw und forscht im Schwerpunkt zur Organisationsgeschichte und zur Geschichte der Einsätze der Bundeswehr.

Literaturtipp

Sören Sünkler, *Kommando Spezialkräfte. 25 Jahre*, Nürnberg 2021.



Ambitionierte Solidarität

Der Beginn des deutschen Afghanistan-Engagements 2001

Der Afghanistan-Einsatz gehört wohl zu den prägendsten Episoden, welche die Bundeswehr in ihrer über 70-jährigen Geschichte erlebt hat. 20 Jahre lang verbrachten Tausende von Soldatinnen und Soldaten einen Teil ihrer Dienstzeit in dem Land am Hindukusch. Doch warum entschied man sich vor fast 25 Jahren für diesen Einsatz? Ging es tatsächlich um die Zukunft Afghanistans und ein militärisches Ziel oder war vor allem außenpolitisches Kalkül handlungsleitend?

Von Philipp Münch

Am Anfang stand der Terror: Die Anschläge der Terrororganisation Al-Qaida auf das World Trade Center am 11. September 2001 («9/11») bildeten den Ausgangspunkt des späteren Afghanistaneinsatzes. In New York starben in unmittelbarer Folge des Anschlags fast 2800 Menschen.

Der 11. September 2001 begann für Bundeskanzler Gerhard Schröder als gut ausgefüllter Arbeitstag in Berlin. Mittags telefoniert er mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Unmittelbar darauf empfing er den jungen Ministerpräsidenten von Ungarn, Viktor Orbán, und schritt mit ihm die Ehrenformation des Wachbataillons ab. Danach bereitete Schröder seine Bundestagsrede für den nächsten Tag vor. Doch mittendrin betrat plötzlich seine Sekretärin den Raum und schaltete den Fernseher an, der das brennende New Yorker World Trade Center zeigte. Als klar war, dass es sich um einen Terroranschlag handelte, berief der Bundeskanzler eiligst das Sicherheitskabinett ein. Ihm gehörten als wichtigste Mitglieder der Außenminister Joseph (»Joschka«) Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping an.

Die Attentäter ließen sich schnell Al-Qaida-Führer Osama bin Laden zuordnen, der in dem von den Taliban beherrschten Afghanistan Zuflucht gefunden hatte. In den folgenden Wochen fällten Bundeskanzler Schröder und seine beiden Minister folgenschwere Entscheidungen. Sie liefen darauf hinaus, dass sich die Bundeswehr über Jahre an zwei Missionen beteiligen

würde. Dabei handelte es sich zum einen um die US-geführte Operation »Enduring Freedom« (OEF) zum globalen »Krieg gegen den Terror« und zum anderen um die International Security Assistance Force (ISAF) zur »Stabilisierung« Afghanistans. Schröder, Fischer und Scharping hatten dabei ein unterschiedlich starkes Interesse an einer Beteiligung. Sie einte jedoch, dass sie – teilweise ausdrücklich – kein konkretes Ziel in Afghanistan verfolgten.

Mehr Einfluss durch Mitwirkung

Bereits am Nachmittag des 11. September 2001 erklärte Bundeskanzler Schröder öffentlich die »uneingeschränkte Solidarität« Deutschlands mit den USA. Fast wortgleich taten dies auch mehrere andere Regierungschefs. Doch was genau bezweckte Schröder damit? Die folgenden Ereignisse legen jedenfalls nahe, dass die Bundesregierung jenseits dieser Loyalitätsbekundung eigene Pläne verfolgte.

Offengelegte Dokumente weisen darauf hin, dass Bundeskanzler Schröder die Idee verfolgte, Deutschlands globale Position zu stärken, indem er an herausragender Stelle an der erwarteten US-Reaktion auf die »9/11«-Anschläge mit-

wirkte. Dementsprechend sollte die EU als die Organisation, in der Deutschland am meisten Einfluss gelten machen konnte, ursprünglich den Rahmen für diese Politik bilden. Dagegen verhielten sich Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt (AA), dessen Chef Fischer Schröders Position teilte, zurückhaltend gegenüber NATO und den Vereinten Nationen (VN). In diesem Sinne ergriff Schröder die Initiative, um ein »umfassendes Konzept« zur Terrorbekämpfung von den EU-Regierungschefs verabschieden zu lassen. Das am 21. September 2001 beschlossene Papier betonte die eher im zivilen Bereich liegenden Fähigkeiten der EU, sah eine gegenseitige Abstimmung der Mitgliedsstaaten vor und bezog Russland ein.

Am 1. Oktober 2001 traf Bundeskanzler Schröder den Botschafter der USA in Deutschland, Dan Coats. Seinen Gesprächsunterlagen zufolge, sollte er ihm gegenüber insbesondere die deutsche EU-Initiative zur Verabschiedung eines umfassenden Ansatzes und seine Konsultationen unter anderem mit Putin hervorheben. Das heißt, der deutsche Kanzler wollte gegenüber den USA sein Land als Mittler in Stellung bringen, der die zuvorderst zivilen Machtressourcen Europas und sogar Russlands mobilisie-

Bündnissolidarität: Bundeskanzler Schröder (l.) verabschiedet sich von George W. Bush, Präsident der USA, nach einem Gespräch im Weißen Haus in Washington, 9. Oktober 2001.



BArch, Bild B 145 Bild-00046306 / Julia Fassbender

ren und lenken helfen könnte. Offenbar um dies zu untermauern, sollte er auch noch einmal einen »geeigneten militärischen Beitrag« Deutschlands versprechen.

Ein deutscher militärischer Beitrag als Eintrittskarte

Ein Bundeswehr-Kontingent für den »Krieg gegen den Terror« anzubieten, erscheint daher als Verhandlungsmasse, welche die deutsche politische Führung nach 9/11 gegen mehr internationalen Einfluss tauschen wollte. Bereits am 14. September 2001 meldete der US-Militärattaché in Berlin dem stellvertretenden US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, dass ihm der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Harald Kujat, ein großes Kontingent angeboten hätte. Dies hätte »10 000 Soldaten (Spezialkräfte, leichte Infanterie, Artillerie und Logistik), plus ein Tornado-Geschwader, Minensuchboote und ein 20-Mann-Planungselement für CENTCOM« umfasst. Das US Central Command (USCENTCOM) war zuständig für den Nahen Osten, Zentral- und Südasien sowie Teile Afrikas. Unmittelbar danach rief allerdings Verteidigungsminister Scharping Wolfowitz an und widerrief das Angebot, diese für deutsche Auslandseinsätze in einem aktiven Kriegsgebiet bis dato beispiellos große Streitmacht beizutragen. Er verwies dazu auf noch nicht abgeschlossene Abstimmungen in der Bundesregierung.

Offensichtlich hatte also General Kujat ohne Rücksprache mit seinem Minister das große Kontingent angeboten. Es ist schwer vorstellbar, dass er hierfür nicht die Rückendeckung des Bundeskanzlers hatte, den er direkt in militärischen Fragen beriet. Dieser wollte damit offenbar seiner politischen Initiative gegenüber den USA Gewicht verleihen. Die materiellen wie auch menschlichen Kosten eines großen und womöglich verlustreichen Einsatzes hätte aber zuvorderst der deutsche Verteidigungsminister verantworten müssen. Scharping stemmte sich daher gegen ein derart großes Kontingent und soll implizit sogar mit Rücktritt gedroht haben. Bis zum Beginn der



Gegner am anderen Ende der Welt: Die in Afghanistan herrschenden Taliban, hier Taliban-kämpfer bei einer Militärparade in Kabul im August 2001, wurden nach den Terroranschlägen von »9/11« schnell als Gegner ausgemacht.

US-geführten Invasion Afghanistans am 7. Oktober 2001 gab es keine Einigung über ein deutsches Kontingent.

Allerdings hatte die US-Regierung auch keine deutschen oder anderen verbündeten Truppen für die nun als OEF bezeichnete Mission angefragt. Denn den Verbündeten fehlte größtenteils die Fähigkeit, ihre Truppen ins weit entfernte Binnenland Afghanistan zu verlegen. Mit mehreren Beteiligten hätte sich zudem der Koordinationsaufwand erhöht. Die US-Regierung nahm daher anfangs nur das Angebot Großbritanniens an. Wichtiger war ihr die möglichst breite politische Unterstützung. Die Verbündeten drängten jedoch weiterhin darauf, an OEF teilzuhaben. Auch die anderen Staaten handelten dabei nicht uneigennützig. Beispielsweise zielten Dänemark und Norwegen darauf ab, die US-Sicherheitsgarantien durch ihren Einsatz zu verstetigen. Der stellvertretende Kommandeur des USCENTCOM, Lieutenant General Michael P. DeLong, fasste es kurz darauf zusammen: »[...] unsere Alliierten wollten eine hochgradig sichtbare Rolle – sie wollten Truppen auf dem Boden. Dies würde gute PR für sie bedeuten.«

Außenminister Fischer ging das von General Kujat den USA angebotene Kontingent ebenfalls zu weit. Allerdings hatte auch er ein grundsätzliches Interesse an einem deutschen militärischen Beitrag.

Zugang zum politischen Prozess

Schon im September 2001 verfolgte Fischer das Ziel, Deutschland nach dem absehbaren Fall der afghanischen Regierung eine Rolle im folgenden politischen Prozess zu verschaffen. Seine Gründe für einen deutschen militärischen Beitrag nannte er in einer internen Besprechung am 6. November 2001. Er erinnerte daran, dass Deutschland 1999 »wenig Einfluss« auf den Verlauf des Kosovo-Kriegs gehabt hätte. Die Verhandlungen zu seinem Ende hätte es »aber maximal« beeinflusst: »Würden wir uns verabschieden, wäre nichts mit nachfolgender Einflussnahme.«

Mit den im Westen als »Nordallianz« bekannten afghanischen Machthabern und durch deren Gestellung von Bodentruppen erzielte die OEF bald entscheidende Erfolge. Diese lokalen Milizen nahmen bereits am 13. November 2001

den offiziellen Regierungssitz Kabul ein. Damit stellte sich die Frage, wie die politische Zukunft Afghanistans zu regeln sei. Außenminister Fischer gelang es letztlich, das VN-Sekretariat davon zu überzeugen, die internationale Konferenz zur Neuordnung des Landes in Bonn abzuhalten. Weder Fischer noch andere Regierungsspitzen hatten dabei ein konkretes Interesse an Afghanistan oder eine inhaltliche Agenda für das Land.

»Wir haben ein Interesse an der Bekämpfung des Terrorismus und der Stärkung der VN, aber kein direktes Interesse an Afghanistan.«

Verteidigungsminister Scharping
am 28. November 2001 im
Verteidigungsausschuss des Bundestags

Schließlich einigten sich die militärischen Führungen Deutschlands und der USA darauf, dass die US-Streitkräfte deutsche Fähigkeiten auf den Feldern ABC-Abwehr, Sanität, Lufttransport, Seestreitkräfte und Spezialkräfte anfragen würden. Auf dieser Grundlage bat die Bundesregierung den Bundestag am 7. November 2001 um ein Mandat für den Einsatz von bis zu 3900 Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der OEF. Das Einsatzgebiet könnte nicht nur Afghanistan, sondern »die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete« umfassen. Gegen ein Mandat formierte sich allerdings unter Abgeordneten selbst der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen Widerstand. Bundeskanzler Schröder und

Außenminister Fischer überwand ihn nur, indem sie mit ihrem Rücktritt und dadurch dem Ende der Koalition drohten.

Am 16. November 2001 stimmte der Bundestag daher dem OEF-Mandat zu. Vom 10. bis 14. Dezember 2001 verlegte als Erstes das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in den auf halbem Weg nach Afghanistan gelegenen Oman. Nach Aussage des Führers des 1. Deutschen Heereskontingents Spezialkräfte musste er die US-Verbündeten zunächst davon überzeugen, seine Soldaten in Afghanistan einzusetzen und dorthin auszufliegen. Dies geschah daher erst am 1. Januar 2002. Diese Tatsache spiegelte auf taktischer Ebene das geringe strategische Interesse der USA an den Kräften der Verbündeten in dieser hochintensiven Phase des Kriegs wi-

auf Seiten der Taliban kämpfenden ausländischen Gruppen zerschlagen.

In ISAF gedrängt?

Allerdings endete hiermit der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht; im Grunde begann er nun erst richtig. Das in Bonn am 5. Dezember 2001 geschlossene Abkommen zur politischen Zukunft Afghanistans sah eine zunächst als International Security Force (ISF) bezeichnete Peacekeeping-Mission vor. Sie sollte insbesondere den Fall der inzwischen neu installierten afghanischen Interimsverwaltung verhindern. Für diese langfristige Aufgabe von voraussichtlich niedriger Intensität sah die US-Regierung nun ihre Verbündeten vor. Selbst wollten sich die Amerikaner nicht an der ISF beteiligen, da sie bereits



Bundeswehr / Detmar Modes

Politisches Tauziehen: Generalinspekteur Harald Kujat (l.), Bundeskanzler Gerhard Schröder (m.) und Verteidigungsminister Rudolf Scharping (r.) vertraten durchaus unterschiedliche Positionen zu einem möglichen deutschen Afghanistaneinsatz.

der. In den folgenden drei Monaten nahm das KSK dann an Suchoperationen in Süd-Afghanistan teil. Im März schützte es mit anderen verbündeten Spezialkräftekontingenten die Flanken der US-Truppen in der Operation »Anaconda«. In dem sich daraus in der östlichen Provinz Paktia entwickelten Gefecht wurde das Gros der konventionellen Kräfte von Al-Qaida und anderen

den Irak als nächstes Interventionsziel im Blick hatten und dort ihren kommenden militärischen Schwerpunkt sahen. Allerdings waren die Verbündeten nicht sonderlich an einer solchen Mission mit unabsehbarem Ende und ohne US-Beteiligung interessiert. Sie hatten sich ja gerade in die OEF gedrängt, um ihren Wert an der Seite der USA zu demonstrieren.

Besonders zurückhaltend war die deutsche Bundesregierung. Außenminister Fischer lehnte am 12. November die Bitte des VN-Sondergesandten für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, ab, das Kommando über die ISF zu übernehmen. Allerdings wuchs der Druck auf Deutschland, das sich in der Afghanistan-Frage als internationale Gestaltungsmacht zu profilieren versuchte. Die Bundesregierung wies zwar weiterhin britische und US-Versuche ab, ihr die Führung der ISF zu übertragen. Nach dem Besuch von US-Außenminister Colin Powell am 10. Dezember 2001 erklärte sich Bundeskanzler Schröder aber grundsätzlich bereit, zumindest Truppen für die ISF zu stellen.

Um einen deutschen ISF-Beitrag zu leisten und damit an einer zweiten Mission in Afghanistan teilzunehmen, war nun auch innermilitärischer Widerstand zu überwinden. So positionierte sich die Führung des deutschen Heeres, das unter starken Truppenreduzierungen bei einer gleichzeitig wachsenden Zahl von Einsätzen litt, dagegen. Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Gert Gudera, forderte im Verteidigungsausschuss am 12. Dezember 2001, dass für einen möglichen ISF-Einsatz zuvor

andere Einsatzverpflichtungen wegfallen müssten. In der Presse wurde vom Rand der Sitzung ein nicht namentlich genannter General zitiert, dass angesichts der prekären afghanischen Sicherheitslage die Mission »unser letztes und gefährlichstes Aufgebot« wäre. Dieser General war sehr wahrscheinlich Gudera selbst. Daraufhin rief offensichtlich die Leitung des Verteidigungsministeriums Gudera zur Ordnung. Er ruderte zurück und veröffentlichte zwei Tage später mit General Kujat ein Papier, in dem er seine Loyalität zum Verteidigungsminister erklärte. Im Gegenzug hieß es darin, dass das Heer in einer angespannten Lage sei.

Sehr viel leichter als bei OEF gelang es der Bundesregierung, kritische Abgeordnete für das Bundestagsmandat für ISF zu gewinnen. Hierzu etablierte sie das Narrativ, dass es sich bei der ISF um eine kurze und sehr viel ungefährlichere Mission als OEF handelte. Am 11. Dezember 2001 informierte Außenminister Fischer die Außenpolitiker der Koalition, dass sie »maximal für zwei Jahre« geplant sei. Dies mag Wunschdenken gewesen sein. Gleichzeitig betonte Fischer aber auch die »Trennung von OEF« und Deutschlands »Schwerpunkte

seien Bildung, Erziehung, Frauen«. Damit rückte er offenbar bewusst den tatsächlich personell und materiell weit überwiegenden deutschen militärischen Beitrag in den Hintergrund. Die im Vorfeld der OEF-Abstimmung noch kritischen Bundestagsabgeordneten und die breitere Öffentlichkeit akzeptierten gleichwohl dieses Narrativ der vermeintlich kurzen und risikoärmeren Mission. Am Tag der Verabschiedung des neuen Mandats versicherte Fischer noch einmal der grünen Bundestagsfraktion, »es gäbe kein dauerhaftes deutsches Interesse an Afghanistan, also auch kein Dauerengagement.«

Die Hauptkräfte des deutschen Einsatzkontingents für die mittlerweile in International Security Assistance Force (ISAF) umbenannte Mission trafen ab dem 11. Januar 2002 in Kabul ein. Drei Tage später begannen sie, in dem noch auf Kabul und Umgebung beschränkten Einsatzraum der ISAF zu patrouillieren.

Fast 20 Jahre im Einsatz

Die schließlich rund 1200 Soldatinnen und Soldaten waren Teil einer von Deutschland geführten Battle Group, zu der auch Truppen aus Dänemark, den



Bundeswehr/KSK

Beginn der militärischen Zusammenarbeit: KSK-Angehöriger (m.) und US-Kommandosoldaten mit afghanischen Verbündeten im Rahmen der Operation »Anaconda«

Kooperation im Einsatzgebiet: Deutsche Soldaten der ISAF patrouillieren gemeinsam mit afghanischen Sicherungskräften im Februar 2002 durch Kabul.



Bundeswehr / Detmar Modes

Niederlanden und Österreich gehörten. Ihr Einsatz erfolgte in einem äußerst volatilen Umfeld. Anders als in Bonn vereinbart, hatten sich die Milizen der »Nordallianz« nicht aus Kabul zurückgezogen und stellten damit eine potenzielle Bedrohung für die Interimsverwaltung dar. Die ISAF war zudem auf die Kooperation von afghanischen Sicherheitskräften angewiesen, die ihr als hochgradig korrupt erschienen. Im Laufe des Jahres erfolgten erste Raketenangriffe auf das am Ostrand von Kabul gelegene deutsche Feldlager, die glücklicherweise keine Leben kosteten. Im Hintergrund formierte sich die ins pakistanische Exil geflohene Taliban-Führung neu.

Angesichts dieser Herausforderungen bewertete der Führer des ersten deutschen Einsatzkontingents ISAF, Brigadegeneral Carl-Hubertus von Butler, die Personalobergrenze in seinem Erfahrungsbericht vom Juni 2002 vorsichtig kritisch »als zu eng angepasstes Kleid«. Bereits am 11. April stellte der Chef des Stabes des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr aufgrund der herausfordernden Lage und relativ geringen Kräfte einen grundlegenden Unterschied zu den Missionen auf dem Balkan fest: »nicht ISAF beherrscht die Lage im

Einsatzland, die Schutztruppe kann grundlegende Lageänderungen nicht verhindern«. Er leitete seine Bewertung an den Führungsstab der Streitkräfte des BMVg weiter. Zugleich erbat er vor »einer Entscheidung zur Verlängerung unseres ISAF-Einsatzes eine sorgfältige Beurteilung der möglichen Entwicklung der Lage auf der Zeitachse«.

Die überwiegend vorsichtig und verhalten geäußerte Kritik der militärischen Führung am ISAF-Einsatz verfiel jedoch nicht bei der politischen Leitung der Bundesrepublik. Vielmehr blieb es bei den Weichenstellungen der ersten Monate nach dem 11. September 2001, als diese entschied, sich aus nicht auf Afghanistan bezogenen Gründen in dem Land zu engagieren. Es ging um die Stärkung der eigenen Position in der Welt. Daher hatte sich Deutschland, wie andere Partner der USA, in die OEF gedrängt, um seinen Wert an der Seite der USA zu demonstrieren. An ISAF, der Mission mit unabsehbarem Ende und anfangs ohne US-Beteiligung waren die deutsche Bundesregierung und andere Bündnispartner dagegen zunächst nicht sonderlich interessiert. Ohne einen klaren, mit Afghanistan verbundenen politischen Zweck zu definieren, konnten auch die nachfolgenden Bundesregie-

rungen keine kohärente militärische Strategie entwickeln. Unter den Bedingungen einer zunehmend verschärften Sicherheitslage wuchs sich daher das Engagement ungeplant und reaktiv zum zweitlängsten und verlustreichsten Einsatz der Bundeswehr aus. Er fand erst fast 20 Jahre später ein Ende, als die internationalen Truppen nach dem raschen Zusammenbruch der afghanischen Regierung überstürzt westliches Personal und afghanische Partner evakuieren mussten.

Dr. Philipp Münch ist Projektbereichsleiter Deutsche Sicherheitspolitik und Bundeswehr am ZMSBw.

Literaturtipps

Philipp Münch, *Ambitious Solidarity. German politico-military Decision-making in the Wake of »9/11«*. In: *Journal of Transatlantic Studies* 24 (2026), 9, <https://rdcu.be/e2hGR>

Philipp Münch, *Militärische Operationen in Afghanistan. Zwischen Stabilisierung, Aufstands- und Terrorismusbekämpfung*. In: *Afghanistan-Dossier ZMSBw*, 6.3.2024, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/afghanistan-dossier-militaerische-operationen-5746724>

Der »Starfighter« – Eine gefährliche Affäre?

Von Heiner Möllers



Sind Sie schon mal mit einem Lockheed F-104G »Starfighter« getaucht? Mit Sicherheit nicht oder wenigstens nicht freiwillig. Hauptmann Josef Hoffmann, Kampfflugzeugführer im Jagdbombergeschwader 33 aus Büchel in der Eifel, musste das erleben – zum Glück nicht in der Eifel, sondern im sommerlich warmen Griechenland, auf der Insel Korfu.

Hoffmann war mit anderen Kampfflugzeugführern, wie die Luftwaffe ihre Jetpiloten nennt, zu einem Staffelaustausch in Griechenland. Dort startete er am 19. September 1967 zu einem Übungsflug. Der Bruch der Ölpumpenwelle in der Triebwerkhydraulik seines »Starfighters« führte während des Fluges zum Schubverlust, gleichbedeutend mit zu wenig Antrieb. Er entschloss sich, auf dem Flugplatz Kerkira auf der Insel Korfu notzulanden, was ihm jedoch nicht gelang: Er schoss mit seiner Maschine über das Landebahnende hinaus und »landete« im Mittelmeer. Während die Nase des »Starfighters« in der Folge ungefähr drei Meter unterhalb des Wasserspiegels feststeckte, ragte das Heck oben heraus. Hoffmann wollte sich durch das nach links zu öffnende Kabinendach retten, was gegen den Wasserdruck indes nicht gelang. Er zurrte sich daher mit den Gurten am Schleudersitz fest und schoss sich durch das geschlossene Kabinendach aus, das ohne den Wasserdruck nach oben weggesprengt worden wäre, so aber geschlossen blieb, und erlitt schwere Verletzungen. Der beschädigte »Starfighter« wurde anschließend nach Deutschland überführt, das unbeschädigte Heck zur Reparatur eines anderen »Starfighters« genutzt und der Rest verschrottet.

Bei diesem Unfall bewies der Schleudersitz der Firma Comet aus Bremen, heute ein Feuerwerkskörperhersteller, die außergewöhnlichen Eigenschaften dieses Rettungsmittels. Obwohl der Pilot sich unter Wasser befand, funktionierte der Sitz so wie vorgesehen. Das »Ausschießen« (im Englischen »Bail out«) hatte auch in dieser ungewöhnlichen Situation das Überleben des Piloten gesichert.

Der Comet-Schleudersitz wurde Ende 1966 übergangsweise in »Starfighter« der Luftwaffe und der Marineflieger eingebaut, nachdem das Flugzeug eine lange Krise durchlebt hatte. In der Öffentlichkeit galt es als »Witwenmacher«. Der Volksmund spottet über die gerade zwischen 1964 und 1966 anhaltende Absturzserie mit mehr als 40 Totalverlusten: »Wie bekommt man einen »Starfighter«? Man kauft ein Grundstück und wartet, bis einer herunterfällt.« Dabei hatten die während der bis 1987 dauernden militärischen Nutzung auftretenden Unfälle eine Vielzahl von Ursachen. Es gab aber nie »den einen« Grund. Zu menschlichen Ursachen zählte beispielsweise die Bodenberührung im Tiefflug, wenn der Pilot aufgrund der geringen Flughöhe und hohen Geschwindigkeit die tatsächliche Flughöhe über dem Grund nicht mehr richtig einschätzen

konnte, seinen Instrumenten nicht vertraute und so »räumliche Desorientierung« erlebte. Solche Unfälle endeten nahezu immer tödlich. Eine Umwelt-Unfallursache konnte »Vogelschlag« sein, entweder infolge des Aufpralls auf dem Cockpit oder nach einem Treibwerksausfall, wenn ein Vogel durch die Lufteinlässe an den Seiten des Flugzeuges dorthinein geraten war. Bei Ersterem konnte ein Pilot im günstigen Fall noch landen, falls er nicht verletzt war. Bei Zweiterem zwang der Triebwerksausfall zum Ausstieg mit dem Schleudersitz. Zu den technischen Unfallursachen gehörte, dass die Schubdüse am Triebwerk ausfiel und der Schub nicht mehr geregelt werden konnte. Geschwindigkeitsverlust oder -überschuss führte dann zu einer nicht mehr steuerbaren Maschine. Der Ausstieg war die einzige Überlebensebene.

Bei vielen Unfällen kam es also auf den Schleudersitz an. Der anfänglich im »Starfighter« eingebaute C2-Schleudersitz der Firma Lockheed war vielfach unzuverlässig und aufwändig in der Bedienung: Der Pilot musste vor dem Start einen Fallschirm anlegen und »Sporen« an seinen Schuhen befestigen, die vor dem Ausstieg mit dem Sitz verbunden sein mussten. Die Sitz-Mann-Trennung versagte nach dem Ausschuss mehrfach. Mitunter wurde der Pilot von seinem Sitz erschlagen, weil sich dieser nicht automatisch im Ausschuss stabilisierte.

Neuere und ab Herbst 1966 in die »Starfighter« eingebaute Sitze, wie der von Comet oder der Martin Baker Mark 7, waren zuverlässiger. Erst ab einer bestimmten Höhe über dem Flugzeug trennten sie den Piloten vom Sitz. Der Sitz besaß die komplette Notausstattung, inklusive eines Schlauchbootes und einer Sauerstoffversorgung für den Piloten. Beinrückholgurte, die vor dem Flug anzulegen waren, zogen beim Ausschuss den Piloten an den Sitz. Die Überlebenschance war bei diesen Schleudersitzen deutlich höher.

Nachdem Generalleutnant Johannes Steinhoff im September 1966 auf dem Höhepunkt der medial und öffentlich diskutierten »Starfighter«-Krise zum Inspekteur der Luftwaffe ernannt worden war, forcierte er den Austausch aller Lockheed-Schleudersitze in den »Starfightern« der Bundeswehr. Andere Flugzeugtypen erhielten danach ebenfalls Sitze der Firma Martin Baker, die zum Marktführer für Schleudersitze westlicher Luftwaffen aufstieg. Auch heute haben die »Tornados« mit dem Mark 10A und die »Eurofighter« mit dem Mark 16 Schleudersitze von Martin Baker.

Übrigens: Wer sich mit einem Martin-Baker-Schleudersitz erfolgreich ausgeschossen hat, wird auf Antrag Mitglied im »Martin-Baker Tie Club«, inklusive Urkunde, Pin und Krawatte. Eine besondere Armbanduhr kann dort zum Vorzugspreis erworben werden.

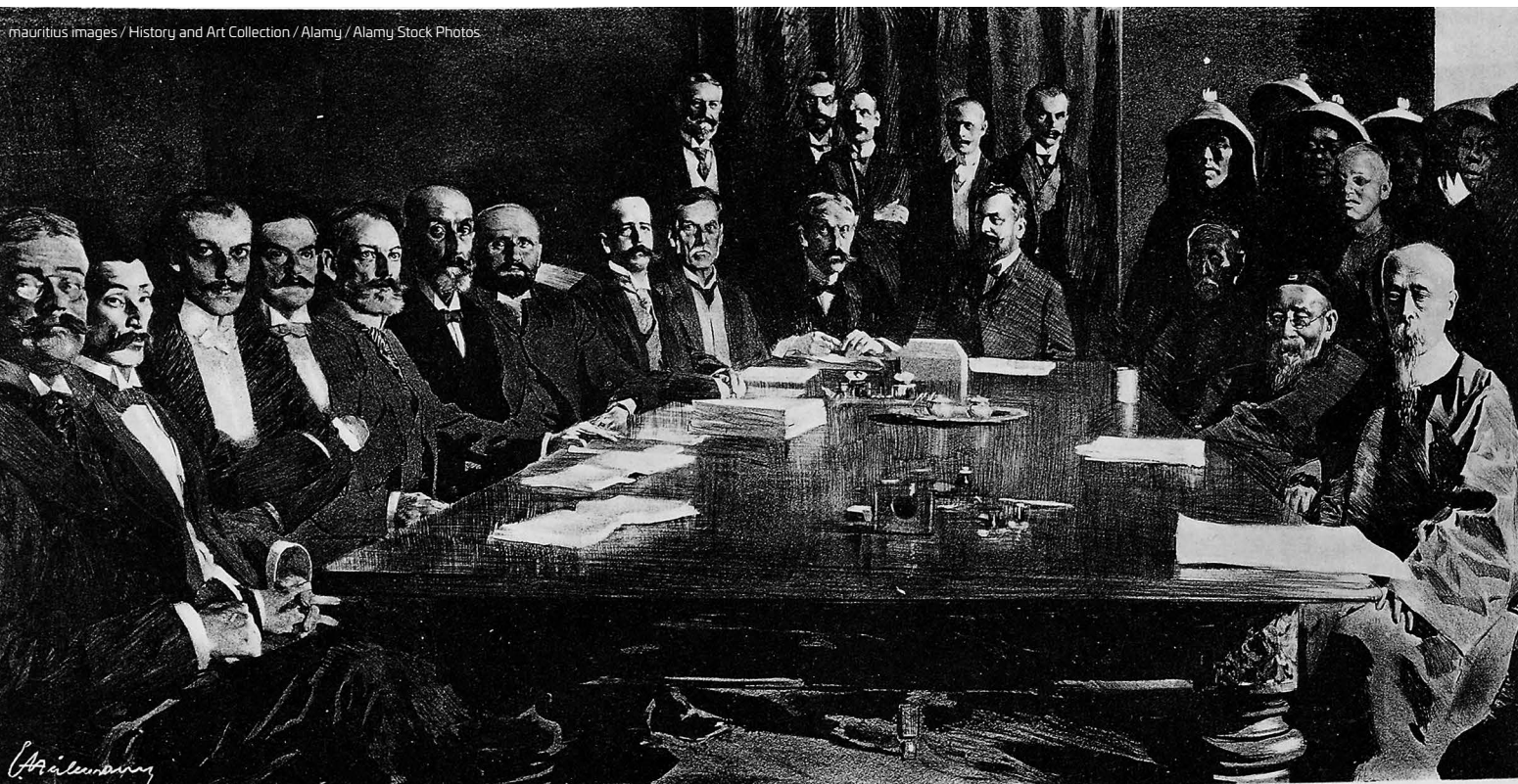


Das Boxerprotokoll

Ende eines nicht erklärten Krieges

Im Frühsommer 1900 kam es im chinesischen Kaiserreich zu einem Aufstand. Im Peking Gesandtschaftsviertel waren hunderte ausländische Diplomaten und Botschaftspersonal eingeschlossen. Zu ihrer Befreiung und um China zu bestrafen, entsandten acht imperiale Mächte dutzende Kriegsschiffe und zehntausende Soldaten. Der anschließende Frieden von Peking war für das Qing-Reich eine politische Demütigung und eine schwere wirtschaftliche Hypothek.

Von Martin H. Schulz



Abschluss eines Diktatfriedens: Am 7. September 1901 unterzeichneten die Vertreter der siegreichen Imperialmächte (l.) und die Vertreter der Qing-Dynastie (r.) das »Boxerprotokoll« in Peking.

Im 19. Jahrhundert wurde das imperiale China, das sich als Mittelpunkt der Welt verstand und alle Reiche um sich herum zu Vasallen und Tributstaaten erklärt hatte, selbst zum Spielball ausländischer Mächte. Seit den Opiumkriegen gegen die Briten und Franzosen zeigte sich zunehmend die Unfähigkeit der herrschenden Qing-Dynastie (1644–1912, auch als Mandschu-Dynastie bekannt), äußere Bedrohungen wirksam abzuwehren. Hinzu kamen innere Unruhen wie der Taiping-Aufstand im Süden des Landes (1851–1864), der etwa 20 bis 30 Millionen Menschenleben forderte und die innere Stabilität des Reiches erschütterte. Diese Ereignisse führten zu einer zunehmenden Unzufriedenheit in der chinesischen Bevölkerung.

Der Aufstand

Der Norden Chinas mit seiner Hauptstadt Peking war bis Ende des 19. Jahrhunderts von größeren Unruhen verschont geblieben. Dies änderte sich ab den 1890er-Jahren, als das Deutsche Kaiserreich und andere Mächte im Zuge des Hochimperialismus begannen, Gebiete im chinesischen Reich zu annektieren. Dadurch stieg die Anzahl von Missionaren und anderen Ausländern in Nordchina weiter an, welche von der chinesischen Bevölkerung oft als Bedrohung für ihre Lebensgrundlage wahrgenommen wurden. Chinesische Konvertiten wurden von Missionaren in Schutz genommen und unterstanden dem Prinzip der Exterritorialität. Westliche Ingenieure ließen Eisenbahnen bauen, die die Lebensgrundlage zahlreicher Tagelöhner bedrohten, die Träger oder Treidler waren. Daher kam es gelegentlich zu Ausschreitungen gegenüber chinesischen Konvertiten und Ausländern generell. Wirklich große Ausmaße nahm eine Erhebung von Bauern und Landarbeitern ab Ende 1898 an. Aus verschiedenen Geheimgesellschaften war eine Bewegung hervorgegangen, die sich selbst als »Fäuste für Gerechtigkeit und Harmonie« (Yihetuan) bezeichnete. Aufgrund ihrer rituellen Kampfkünste, die sie auch im Gefecht



Widerstand ist zwecklos? Die »Boxer« waren hauptsächlich mit Hieb- und Stichwaffen ausgerüstet und hatten modernen Schnellfeuerwaffen wenig entgegenzusetzen.

einzusetzen versuchten, nannte man sie im Westen schlichtweg »Boxer«. Diese Milizen erhoben sich nun gegen alle Ausländer im Land und massakrierten Missionare (»fremde Teufel«) und chinesische Christen (»einheimische Teufel«). Sie suchten – anders als die Taiping-Rebellen – dabei den Schulterchluss mit der Herrscherin Chinas, der Kaiserinwitwe Cixi (1835–1908). Unter dem Slogan »Unterstützt die Qing-Regierung und vernichtet die Ausländer« wollten sie China von allen fremden Einflüssen befreien und die Legitimität des Herrscherhauses wiederherstellen.

Krieg ohne Schlachten

Dies stellte die chinesische Regierung vor eine schwierige Wahl, denn die acht imperialen Mächte, die in China hauptsächlich aktiv waren (Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich-Ungarn, die USA, Russland und Japan), verlangten vom Kaiserhof die Niederschlagung der Boxerrebellen. Einerseits wollte Cixi sich vom Einfluss der ausländischen Staaten befreien und die »Boxer« dafür instrumentalisieren, andererseits war der Erfolg des Aufstan-

des auch dann keinesfalls garantiert, wenn die Qing und ihre Truppen die »Boxer« unterstützen. Ab Ende Mai 1900 begannen die Aufständischen schließlich, nach Peking vorzudringen. Die Kaiserinwitwe war lange Zeit unschlüssig, wie sie sich verhalten sollte. Zwei Ereignisse erleichterten ihr die Entscheidung zugunsten der »Boxer«: Am 17. Juni griffen Marinesoldaten der acht Mächte präventiv die Daguforts vor der chinesischen Stadt Tianjin an, um einen Landweg nach Peking freizukämpfen. Dieses Gefecht gab den Ausschlag für Cixi, die »Boxer« zu unterstützen. Darüber hinaus wurde am 20. Juni der deutsche Gesandte in China, Clemens von Ketteler (1853–1900), ermordet, als er sich entgegen dem Rat seiner Kollegen auf den Weg zum chinesischen Außenministerium machte. Die »Boxer« belagerten nun – teils geduldet, teils unterstützt vom chinesischen Militär – das Gesandtschaftsviertel, in dem sich hunderte ausländische Diplomaten sowie deren Angehörige und Mitarbeiter befanden. Der Kaiserhof veröffentlichte am 21. Juni ein Dekret, das den ausländischen Mächten de facto den Krieg erklärte. Allerdings wurde es nicht erwidert. Die Erklärung des Kriegszustandes blieb aus.

International erregte die Belagerung der Gesandtschaften große Aufmerksamkeit. Die acht Mächte verbündeten sich gegen China und betrachteten den Kaiserhof als mitschuldig für den Aufstand und die Gefährdung ihrer Staatsbürger. Für das Deutsche Kaiserreich bot die Ermordung seines Gesandten die Chance, innerhalb der Allianz eine Führungsrolle zu beanspruchen. Wilhelm II. verstieg sich zu zahlreichen, selbst aus zeitgenössischer Sicht fragwürdigen Äußerungen. Unter anderem meinte er, Peking müsse »rasiert werden«. Die Deutschen übernahmen nach Abstimmung zwischen den acht Hauptstädten den Oberbefehl über das multinationale Heer und stellten mit Generalfeldmarschall Alfred Graf von Waldersee den Oberbefehlshaber. Darüber hinaus wurde ein 20 000 Mann starkes, deutsches Expeditionskorps aus Freiwilligen aufgestellt und nach China verschifft.

picture alliance / WZ-Bildienst / WZ-Bildienst

Als Waldersee und die deutschen Truppen im September 1900 in China ankamen, waren die Kampfhandlungen jedoch im Wesentlichen vorbei. Die Belagerten in Peking waren – ohne deutsche Hilfe – am 15. August 1900 durch eine internationale Streitmacht (Gaselee-Expedition) befreit worden und der Kaiserhof aus der Hauptstadt geflohen.

Widerstand ist zwecklos

Hochrangige chinesische Offiziere hatten sich das Leben genommen und weder die »Boxer« noch die wenigen zur Verfügung stehenden chinesischen Truppen waren willens beziehungsweise imstande, den acht Mächten wirksamen Widerstand zu leisten. Zu groß schien deren technologische und taktische Überlegenheit. Schwerer als die militärische Unterlegenheit wog jedoch die Uneinigkeit in China selbst. Die südlichen und westlichen Provinzen hielten sich aus dem Konflikt heraus. Ihre Gouverneure hatten Abkommen mit den Imperialmächten geschlossen, um ihre Gebiete von Krieg, Plünderung und Zerstörung verschont zu wissen, wogegen die schwache Zentralmacht nichts ausrichten konnte. Bereits am 7. September 1900 machte die Kaiserinwitwe daher eine politische Kehrtwende. Da weiterer

Widerstand gegen die Mächte sinnlos erschien, ließ sie ein Dekret veröffentlichen, in dem die »Boxer« für die Niederlage verantwortlich gemacht wurden. Chinesische Truppen sollten fortan gegen sie eingesetzt werden. Dies war vor allem ein politisches Signal an die acht Mächte, dass der Kaiserhof für Friedensverhandlungen zur Verfügung stand, womit Cixi auch ihre eigene Position als Herrscherin Chinas sichern wollte.

Frieden ohne Aussöhnung

Ein Regimewechsel oder gar eine Annexion Chinas war ohnehin nicht im Interesse der Imperialmächte. Daher waren auch sie an Friedensverhandlungen interessiert. Der Kaiserhof entsandte seine Bevollmächtigten Li Hung-Chang und Prinz Ching nach Peking, wo sie im Oktober 1900 ankamen. Ein erstes Treffen mit den Abgesandten der Mächte kam jedoch erst Ende Dezember zustande. Dies lag keinesfalls an mangelnder chinesischer Verhandlungsbereitschaft, sondern an der großen Uneinigkeit im alliierten Lager. Lange und ausführlich wurde darüber gestritten, wie groß die Entschädigungssumme (Reparationen) sein sollte, die China zu zahlen hätte, und vor allem, welche Nationen welchen Anteil erhalten sollten.

Die acht Interventionsmächte einigten sich schließlich auf die hohe Entschädigungssumme von 450 Millionen Tael Silber (heutiger Gegenwert: ca. 13 Mrd. US-Dollar). Daneben markierten ihre weiteren Forderungen den Höhepunkt der wirtschaftlichen Ausbeutung Chinas und erzwangen die Aufgabe weiterer Hoheitsrechte. Im Grunde waren sich die europäischen Gesandten und die Vertreter des Kaiserhofes rasch über die Kernpunkte einig. Die Chinesen versuchten jedoch in den ersten Monaten des Jahres 1901 mit großem diplomatischem Geschick, die Bestimmungen abzumildern, indem sie Uneinigkeiten der Gegenseite auszunutzen verstanden. Das zähe Verhandeln zahlte sich wenigstens teilweise aus. So erreichte Li Hung-Chang, dass einige der geforderten Todesurteile gegen die vermeintlichen Hauptschuldigen der Boxerkrise in lebenslange Haft oder Exil umgewandelt oder nicht mehr vollstreckt wurden.

In zahlreichen Punkten hatte die chinesische Seite jedoch kaum Verhandlungsspielraum. So musste sie die übrigen Bestimmungen des als »Boxerprotokoll« bekannten, zwölf Artikel umfassenden Diktatfriedens in Ermangelung machtpolitischer Alternativen annehmen. Das Boxerprotokoll verlangte unter anderem, dass in den vom Aufstand betroffenen Provinzen auf Beamtenprüfungen verzichtet werden sollte. Dadurch wurden keine neuen Beamten ernannt, die in China die gesellschaftliche Elite und Stütze der Herrschaft der Qing waren. Ferner erging ein zweijähriges Waffenembargo und das Verbot, selbst moderne Kriegswaffen zu produzieren. Ausgelöst durch die Erfahrung der Belagerung ihrer Gesandtschaften im Herzen der chinesischen Hauptstadt, nahmen sich die Mächte ferner das Recht heraus, zum Schutz ihrer Staatsangehörigen und letztlich auch ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen dauerhaft Streitkräfte in China zu stationieren. Die Deutschen hatten bis 1906 eine Brigade in und um Peking stationiert, deren Personal jährlich rotierte. Sie wurde stetig verkleinert und ab 1907 waren nur noch Kräfte in Bataillonsstärke vor Ort. Zu Beginn des

Cixi – die Kaiserwitwe

Im Jahr 1900 herrschte de facto eine Frau über China. Die Kaiserinwitwe war Anfang der 1850er-Jahre an den kaiserlichen Hof gelangt und wurde Konkubine des Kaisers Xianfeng – sie war damals noch keine 18 Jahre alt. Schon früh entwickelte sie ein ausgesprochen starkes politisches Gespür für die Machtspiele am Hof. Effektiv herrschte Cixi von 1861 bis 1908 über das Reich der Mitte.

Sie entmachtete 1898 den Kaiser Guangxu, dessen Reformen ihr und der konservativen Partei am Hof zu weit gingen. Damit war Chinas Chance auf eine Reform von innen zunichtegemacht und zugleich die Möglichkeit vertan, im Rahmen einer Selbststärkung den anderen Imperialmächten wirksam Widerstand leisten zu können.



picture alliance / imageBROKER | Pictures From History



Multinationale Interventionsstreitmacht: Soldaten von sieben der insgesamt acht in China aktiven Imperialmächte (v.l.n.r.: Großbritannien, USA, Australien, Britisch-Indien, Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien, Japan; ein russischer Soldat fehlt), Aufnahme von 1900 aus Tianjin

Ersten Weltkrieges befanden sich gar keine deutschen Truppen mehr in der chinesischen Hauptstadt.

Das Boxerprotokoll enthielt zwei weitere Bestimmungen, die speziell auf die deutsche Seite zugeschnitten waren. Zum einen mussten die Chinesen in ihrer Hauptstadt den sogenannten Kettelerbogen errichten. Dabei handelte es sich um ein Mahnmal, das an die Ermordung des Diplomaten erinnern und Nachahmer abschrecken sollte. Politisch erheblich bedeutsamer war jedoch die »Sühnmission« des Prinzen Chun. Die Friedenbestimmungen verpflichteten die chinesische Seite, eine hochrangige Delegation nach Deutschland zu entsenden. Der Abgesandte sollte sich beim deutschen Kaiser persönlich für die Ermordung des Gesandten Clemens von Ketteler entschuldigen und einen Kotau, das heißt eine traditionelle chinesische Ehrenbezeugung, vollziehen. Abgesehen davon, dass der Kotau im späten imperialen China schon kaum mehr praktiziert wurde, kam es für den chinesischen Prinzen und seine Begleiter nicht infrage, eine solche Geste gegenüber einem »Barbaren« zu leisten, zumal die Vertreter der Imperialmächte,

angefangen mit den Briten im 18. Jahrhundert, sich stets geweigert hatten, den Kotau vor den chinesischen Kaisern zu vollziehen. Kluges Taktieren und großes diplomatisches Geschick führten dazu, dass die deutsche Seite einer Änderung des Programms zustimmte. Der Prinz entschuldigte sich zwar für die Ermordung des Gesandten, auf einen Kotau konnte aber verzichtet werden. Dem deutschen Geltungsbedürfnis war damit Genüge getan und sofort nach der Zeremonie am 4. September 1901 trat das diplomatische Protokoll in Kraft und der chinesische Prinz wurde als Staatsgast entsprechend seinem Rang behandelt. Er absolvierte eine einmonatige Reise durch Deutschland und erwarb sich die Gunst der öffentlichen Meinung und der Presse. Damit verwandelte Prinz Chun seine »Sühnmission« in eine erfolgreiche PR-Kampagne.

Anfang vom Ende

Die Unterzeichnung des Boxerprotokolls, das auch als »Frieden von Peking« bezeichnet wird, erfolgte am 7. September 1901. Die harten Bedingungen des Vertrages bedeuteten mittelfristig nicht

weniger als das Ende der Herrschaft der Qing-Dynastie. Obwohl sie sich noch einige Jahre an der Macht halten konnte, kamen die chinesischen Eliten zunehmend zu der Überzeugung, dass eine andere Staatsform gefunden werden musste, um das Land erfolgreicher zu regieren. So kam es 1911 zur Revolution in China und das Land wurde zu einer bürgerlichen Republik.

Major Martin H. Schulz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZMSBW. Dort arbeitet er an einem Dissertationsprojekt zur Geschichte des deutschen Ostasiatischen Expeditionskorps im Boxerkrieg.

Literaturtipps

Diana Preston, *Rebellion in Peking. Die Geschichte des Boxeraufstandes*, München 2001.
 Susanne Kuß und Bernd Martin (Hrsg.), *Das Deutsche Reich und der Boxeraufstand*, München 2002.
 Mechthild Leutner und Klaus Mühlhahn (Hrsg.), *Kolonialkrieg in China. Die Niederschlagung der Boxerbewegung 1900–1901*, Berlin 2007.

Das römische Torsionsgeschütz

Ein Wildesel als Mauerbrecher

Schon in der Antike wurden Kriegsmaschinen genutzt, um bei Belagerungen Städte und befestigte Orte zu erobern. Die Römer waren Meister auf dem Gebiet des Baus dieser Waffen. Doch wie sie aussahen und funktionierten, ist heute vielfach noch unklar. Ein Rekonstruktionsversuch.

Von Boris Dreyer und Reinhard Fiedler

Belagerungswaffen der Römer

Der **Onager** (übersetzt Wildesel) ist ein einarmiges **römisches Katapult**, das Steinkugeln abfeuerte. Seine Beschleunigungskraft bezog der Schleuderarm aus einem gegen die Wurfrichtung verdrehten Tau aus Hanf. Diese Verdrehung nennt man Torsion. Am charakteristischsten war das Geräusch und das Aufbäumen des Geräts in dem Moment, wenn der Wurfarm nach Abwurf der Steinkugel auf das Holzgerüst traf, was die römischen Soldaten wohl an das Ausschlagen eines Wildesels erinnerte.



Hier sehen Sie den Nachbau in Aktion

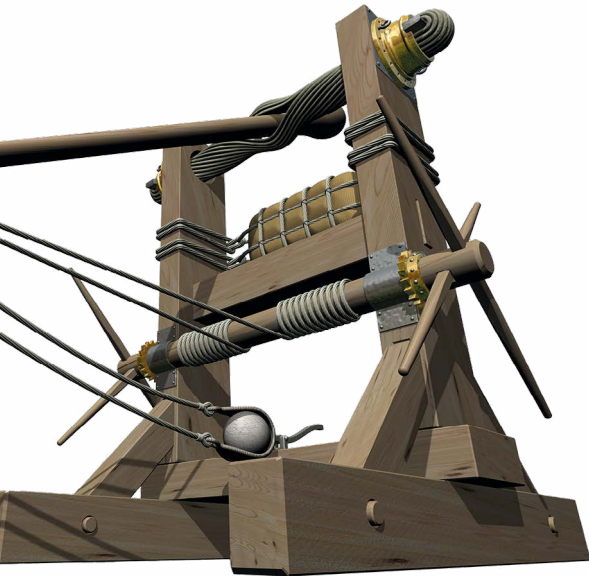
Experimentelle Archäologie

Die Professur für Alte Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) hat neben anderen Torsionsgeschützen einen Onager nachgebaut. Die Grundlage war die Beschreibung des Leibgardisten und Historikers Ammianus Marcellinus in seinem Buch *Res gestae* aus dem 4. Jh. n.Chr. Andere Zeugnisse gibt es kaum, schon gar nicht materielle Hinterlassenschaften, wohl aber moderne Rekonstruktionsversuche durch Berechnung, Simulation oder Nachbau.



Nachbau eines Onagers der FAU im Oktober 2023 (Abb. 1)

André Werner



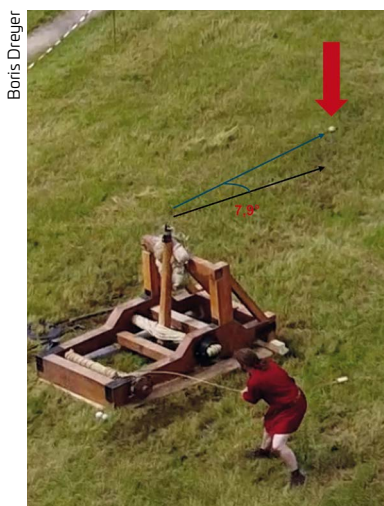
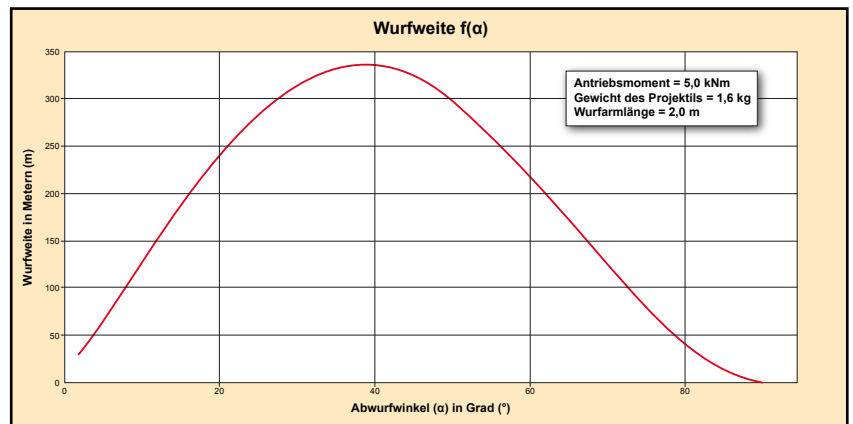
Wurfweite und Leistungsparameter

Der ideale Abwurfwinkel des Torsionsgeschützes liegt bei 45 Grad, um die maximale Weite zu erreichen. Der Nachteil der Kayumov-Rekonstruktion (Abb. 2 im Vergleich zu Abb. 1) ist, dass sich bei diesem Winkel mit dem erhöhten Drehmoment das Bremsmoment um den Faktor drei erhöht. Dies wirkte sich durch die hohe Abnutzung extrem schädlich auf die Haltbarkeit der Gesamtkonstruktion aus, ohne aber einen gravierenden Vorteil in der Weite zu erreichen. Ein langfristiger Gebrauch scheint so, im Gegensatz zur Version der FAU, wenig wahrscheinlich.

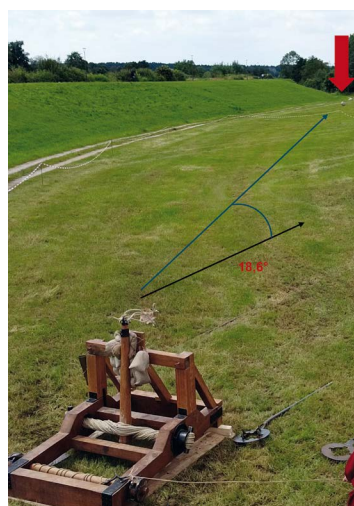
Alternative 3D-Rekonstruktion von Ildar Kayumov (Abb. 2)

Verschiedene Ansätze

Bei einer alternativen Rekonstruktion des russischen Forschers Ildar Kayumov steht deutlich das mittelalterliche Trébuchet Pate, bei dem der Schwungarm durch Gegengewicht beschleunigt und gebremst wird. Die Beschleunigung beim Onager erfolgt allerdings durch Torsionsbündel. Die Graphik zeigt die Simulation eines Wurfs mit einem Antriebs-Drehmoment von 5 kNm (Kiloneutronmeter), einer Masse von 1,6 kg und einem Armgewicht von 10 kg. Die Grafik zeigt für jeden Abwurfwinkel, mit dem das Projektil abgeworfen wird, die maximal erreichbarewurfweite an.



Empirische Tests mit FAU-Onager (Screenshot)



Feldversuch

Im praktischen Versuch mit dem Onager der FAU (Gewicht von 500 kg) wurden mit einer Granitkugel von 1,6 kg und einer Torsionsspannung von 24 × 20 mm-Hanfseilschlaufen (48 Seile, 15 kg Gewicht) mit maximal 7200 Newton eine Weite von 150 m erreicht. Die beiden dargestellten Versuche zeigen, dass der ideale Abwurfwinkel nicht 45° war.

Das Beispiel zeigt, wie durch Simulationsrechnung und Experiment zwei völlig verschiedene Rekonstruktionen, die auf Basis der einzigen antiken Quelle dieselbe Berechtigung haben, hinsichtlich der Realisierbarkeit eingeschätzt werden können, wenn herkömmliche Methoden der Geschichtswissenschaft versagen.

Beitritt Deutschlands zum Völkerbund

8. September 1926

Der Versailler Vertrag von 1919 beendete nicht nur den Ersten Weltkrieg zwischen dem Deutschen Reich und den westlichen Sie-

gemächten. Darüber hinaus hob er die erste übernationale Organisation »zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit« aus der Taufe – den Völkerbund. Deutschland, dem die Siegermächte die Alleinschuld am Beginn des Krieges anlasteten, blieb von ihm zunächst ausgeschlossen.

Erst die Außenpolitik Gustav Stresemanns, 1923 für kurze Zeit Reichskanzler und von 1923 bis zu seinem Tod 1929 Reichsaußenminister, wies auch für Deutschland den Weg zu einer Normalisierung der internationalen Beziehungen. Als »Vernunftrepublikaner« und nationaler Machtpolitiker gleichermaßen versuchte er, eine Revision des Versailler Vertrages und den Wiederaufstieg Deutschlands als europäische Großmacht zu erreichen – allerdings auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung und vor allem dadurch, dass Deutsch-

land sein volkswirtschaftliches Gewicht in die Waagschale warf. Eine gewaltsame Überwindung der Nachkriegsordnung kam für ihn schon aufgrund der militärischen Schwäche der Reichswehr nicht in Frage. Nach einer schrittweisen Annäherung an Frankreich und dem Abschluss der Locarno-Verträge 1925 gelang bereits ein Jahr später die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund als ständiges Mitglied des Völkerbundes neben Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Unwiderrspochen blieb dies nicht: Das Gründungsmitglied Brasilien, das trotz seines politischen Gewichts in Südamerika keinen ständigen Sitz im Rat hatte, protestierte und erklärte seinen Austritt. Für Deutschland allerdings war ein großer Schritt auf dem »langen Weg nach Westen« (Heinrich August Winkler) getan.

Dennis Werberg



Friedensdiplomats: Gustav Stresemann (r.) setzte sich für die Wiederaufnahme Deutschlands in die internationale Gemeinschaft ein.

Der Beginn des spanischen Bürgerkrieges

17. Juli 1936

Im Juli 1936 stürzte Spanien in einen dreijährigen Bürgerkrieg, der über eine halbe Million Menschenleben fordern und das Land bis 1975 der Diktatur Francisco Francos unterwerfen sollte. Erst 1931 hatte in Spanien eine Militärdiktatur geendet. Dieser war eine instabile Demokratie gefolgt. Der Wahlsieg des linken Wahlbündnisses »Volksfront« führte Anfang 1936 dann dazu, dass konservative Militärs, im Schulterchluss mit Monarchisten und Faschisten, einen Umsturz vorbereiteten.

Die Putschisten hofften darauf, die Macht im Handstreich zu übernehmen. Die Revolte der spanischen Kolonialarmee in Nordafrika, in der sich die

schlagkräftigsten Einheiten des Heeres befanden, brach am 17. Juli 1936 los. Doch die Überraschung misslang. Während die aufständischen Militärs im Norden Spaniens in weiten Teilen die Kontrolle erringen konnten, blieben viele der großen Städte wie Barcelona und Madrid der linken Regierung treu, ebenso wie die spanische Flotte. Dies machte das Übersetzen der nordafrikanischen Truppen Francos über die Straße von Gibraltar unmöglich.

Durch Kontakte über Vertrauensmänner, unter anderem zum deutschen Militärgesheimdienst, erreichte Franco, dass die rechten Diktatoren aus Deutschland und Italien Transportflugzeuge nach

Marokko entsandten, um die Truppen mit einer Luftbrücke ins Mutterland zu bringen und die Fortführung der Erhebung zu sichern.

Doch auch die bedrängte Republik erhielt Hilfe aus dem Ausland. Tausende Freiwillige, darunter auch viele Deutsche, kamen nach Spanien und formierten die Internationalen Brigaden. Diese schlecht ausgerüsteten, aber hochmotivierten Männer und Frauen verhinderten im November 1936 die Einnahme Madrids durch die Putschisten. Der Krieg endete somit erst 1939.

Tobias Pech

Operation »Entebbe«

4. Juli 1976

Am 4. Juli 1976 befreiten Fallschirmjäger und Kommandosoldaten der israelischen Streitkräfte über 100 israelisch-jüdische Geiseln im ugandischen Entebbe aus der Gewalt von Terroristen. Zuvor war eine Air-France-Maschine von Kämpfern der »Palästinensischen Befreiungsorganisation« nach Uganda entführt worden. Der dortige Diktator Idi Amin stand auf Seiten der Geiselnnehmer; es drohte eine Ermordung aller Geiseln.

In Rekordzeit erarbeiteten israelische Spezialkräfte daher einen waghalsigen Rettungsplan. In vier für eine Nachtlandung umgebauten C-130 »Herkules« transportierte die israelische Luftwaffe die Elitesoldaten zu ihrem Einsatzort.

Um nicht vom ägyptischen oder saudischen Radar aufgeklärt zu werden, überflogen sie das Rote Meer in gefährlichem Tiefflug. Erst eine Stunde vor Operationsbeginn erhielten die Männer den finalen Einsatzbefehl und landeten lediglich dreißig Sekunden später als geplant auf dem Flughafen in Entebbe.

In einem schwarzen Mercedes und zwei Land Rovern näherten sie sich dem alten Terminal, in dem die Geiseln festgehalten wurden. Es kam jedoch aufgrund einer Fehlentscheidung seitens der Israelis verfrüht zum Waffeneinsatz und die ugandischen Truppen nahmen der Feuerkampf auf. Die Terroristen wurden dadurch alarmiert.

Wenig später gelang es einigen Kommandosoldaten dennoch, das Terminal zu stürmen, während ihre Kameraden die ugandischen Kräfte niederhielten. Dabei fiel der israelische Kommandoführer Jonathan Netanjahu, der Bruder des heutigen Ministerpräsidenten. Im Gebäude schalteten die Israelis alle Terroristen aus und begannen mit der Evakuierung der Geiseln. Vier Geiseln starben im Rahmen der Operation. Außerdem kamen etwa 20 ugandische Soldaten ums Leben. Die Operation in Entebbe gilt als eine der erfolgreichsten Rettungsmissionen in der Geschichte von Kommandounternehmen.

Martin H. Schulz

Auflösung des Warschauer Paktes

1. Juli 1991

Als Gastgeber des letzten Gipfels des Warschauer Paktes war es dem tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel vorbehalten, mit der Sitzungsglocke zugleich die Totenglocke für das sowjetisch geführte Militärbündnis zu läuten. Bereits im Februar 1991 hatten dessen Außen- und Verteidigungsminister in Budapest die Beendigung jeglicher militärischer Zusammenarbeit vereinbart. Der 1955 geschlossene »Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand« hatte ursprünglich acht Mitglieder. Albanien trat 1968 aus, die DDR im September 1990. Und so saßen neben Havel nur noch die Präsidenten Polens, Rumaniens und Bulgariens sowie der ungarische Ministerpräsident mit am Tisch. Der wichtigste Mann fehlte in Prag. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow ließ

sich durch seinen Vizepräsidenten vertreten.

Gennadi Janajew nutzte die Gelegenheit für die Forderung, dass nun die Auflösung der NATO folgen müsse. Der ungarische Ministerpräsident József Antall widersprach ihm: »Die wiedererstarkte NATO ist eine Garantie für die europäische Sicherheit, und dasselbe gilt für die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa.« Knapp sieben Wochen später

putschte Janajew erfolglos gegen Gorbatschow und beschleunigte, was er zu verhindern suchte: den ungebremsen Zerfall der Sowjetunion. Die hatte erst vier Wochen vor dem Prager Gipfel ihre letzten Soldaten aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn abgezogen. Ex-sowjetische, nun vereinfacht als russisch bezeichnete Truppen blieben noch bis 1993 in Polen und bis 1994 im Osten Deutschlands stationiert.

Klaus Storkmann

Ende einer Ära: Der tschechoslowakische Präsident Václav Havel (m.) unterzeichnet den Vertrag zur Auflösung des Warschauer Paktes.



picture alliance / CTK | Petr Maticka

Die Schlacht um Kiew 1941

Strategiedilemma, Kesselschlacht und Massenmord

Kiew im Spätsommer 1941 steht für mehrere Wegmarken im Zweiten Weltkrieg: Die ukrainische Metropole war zentraler Streitpunkt zwischen Adolf Hitler und der militärischen Führung über die weitere Kriegführung im Osten, Schauplatz einer der größten Kesselschlachten der Geschichte – und Tatort der bekanntesten Massenerschießung von Juden.

Von Chris Helmecke

Am 22. Juni 1941 überfielen das Deutsche Reich und seine Verbündeten die Sowjetunion. Die Eroberung Moskaus war dabei das vorrangige strategische Ziel im Operationsplan »Barbarossa«. Mit dem Fall der sowjetischen Hauptstadt sollte der Feldzug entschieden werden. Dementsprechend lag der Schwerpunkt des Angriffs auch im Mittelabschnitt der Ostfront. Dies galt, obwohl der Südabschnitt der kriegswirtschaftlich bedeutendere Raum war und die Rote Armee dort zudem auch ihre stärkste Truppenansammlung verzeichnete.

Während die Heeresgruppe Mitte in den ersten Wochen des Feldzuges schnell in die Weiten des sowjetischen Raumes vorstieß und in Umfassungsoperationen mehrere sowjetische Großverbände zerschlug, traf die Heeresgruppe Süd auf erheblich zäheren Widerstand der Roten Armee. Bereits die Grenzschlacht führte zur Verzögerung und zum Scheitern ihres vorgegebenen operativen Ansatzes, nämlich des schnellen Durchbruchs durch die Grenzstellungen sowie der raschen Ver-

folgung des ausweichenden Gegners, bevor dieser zum Gegenschlag ausholen konnte.

Moskau oder Kiew?

Der »Blitzkrieg« der Wehrmacht im Sommer 1941 brachte zwar viele taktische und zum Teil operative Einzelsiege, aber keine strategische Entscheidung. Bereits Ende Juli zeigte es sich, dass der Krieg gegen die Sowjetunion nicht so schnell zu Ende sein würde, wie ursprünglich angenommen. Es gab keine Gesamtstrategie und damit auch keine Planung, wie weiter verfahren werden sollte, falls die Masse der Roten Armee nicht wie vorgesehen westlich der Dnjepr-Düna-Linie zerschlagen wurde. Zwischen Hitler und der Heeresführung entstanden zunehmend Meinungsverschiedenheiten über die weitere Kriegführung im Osten.

Die Heeresführung plädierte für eine Fortsetzung des Angriffs auf Moskau. Fiele dieses politische Zentrum, würde die Sowjetunion zusammenbrechen, so die Argumentation der Generalität. Hit-

ler hingegen zielte auf kriegswichtige Ressourcen ab, insbesondere in der Ukraine und im Kaukasus. Gegen die Moskau-Option sprach für ihn auch die erhebliche Flankenbedrohung durch eine große gegnerischen Kräftegruppierung südlich der sowjetischen Hauptstadt im Raum Kiew.

In seiner Weisung Nr. 34 für die Kriegführung vom 30. Juli 1941 legte Hitler fest, dass die Heeresgruppe Mitte zunächst zur Verteidigung überzugehen hatte. Im Norden sollte die Wehrmacht Leningrad einschließen und im Süden weiter auf Kiew und den Dnjepr vorstoßen.

Günstige Ausgangslage

Nach den anfänglichen Verzögerungen im Grenzraum konnte sich die Heeresgruppe Süd weiter vorwärts kämpfen. In der Kesselschlacht von Uman zerschlug sie mehrere sowjetische Verbände und erlangte dadurch Bewegungsfreiheit. Ihr weiterer Hauptstoß richtete sich nach Südosten zum Dnjepr-Bogen. Kiew wurde unterdessen von der Roten

Armee zu einer Festung ausgebaut. Ein erster Angriff der Heeresgruppe Süd im Nebenstoß auf die Stadt mit viel zu schwachen Kräften scheiterte und wurde am 12. August 1941 auf Befehl Hitlers eingestellt. Kiew sollte später durch Bomben und Artillerie zerstört werden. Die Heeresgruppe Süd gelangte im Laufe des Augusts bis zum Dnjepr-Knie und konnte mehrere Brückenköpfe bilden. Das Industriegebiet am Donez und der Kaukasus schienen plötzlich greifbar.

Ein Blick auf die Karte musste für Hitler wie die ideale Ausgangslage für seine Option gewirkt haben: Die Spitzen der Heeresgruppen Mitte und Süd standen fast auf gleicher Höhe und in einem Dreieck dazwischen befanden sich Trup-

pen einer ganzen sowjetischen Front (vergleichbar mit einer deutschen Heeresgruppe). Daher war er auch nicht mit dem Vorschlag der Heeresführung einverstanden, die am 18. August in einer Denkschrift wiederholt für einen Vorstoß auf Moskau plädierte. Hitler beendete die wochenlange Diskussion endgültig und befahl am 21. August die Fortführung des Angriffs im Nord- und Südabschnitt unter gleichzeitigem Halten in der Mitte. Wichtiger als die Einnahme von Moskau seien für ihn nun die Wegnahme der Krim, die Eroberung des Industriegebietes im Donezbecken und die Abschnürung der sowjetischen Ölzufuhr aus dem Kaukasus. Die günstige operative Lage bei Kiew sollte unverzüglich für eine konzentrische Ope-

ration ausgenutzt werden. Es ging Hitler um die »Vernichtung der lebendigen Kraft des russischen Widerstandes«, also das Zerschlagen größerer gegnerischer Kräftegruppierungen, sowie um die Inbesitznahme von Ressourcen, also ein kriegswirtschaftliches Ziel.

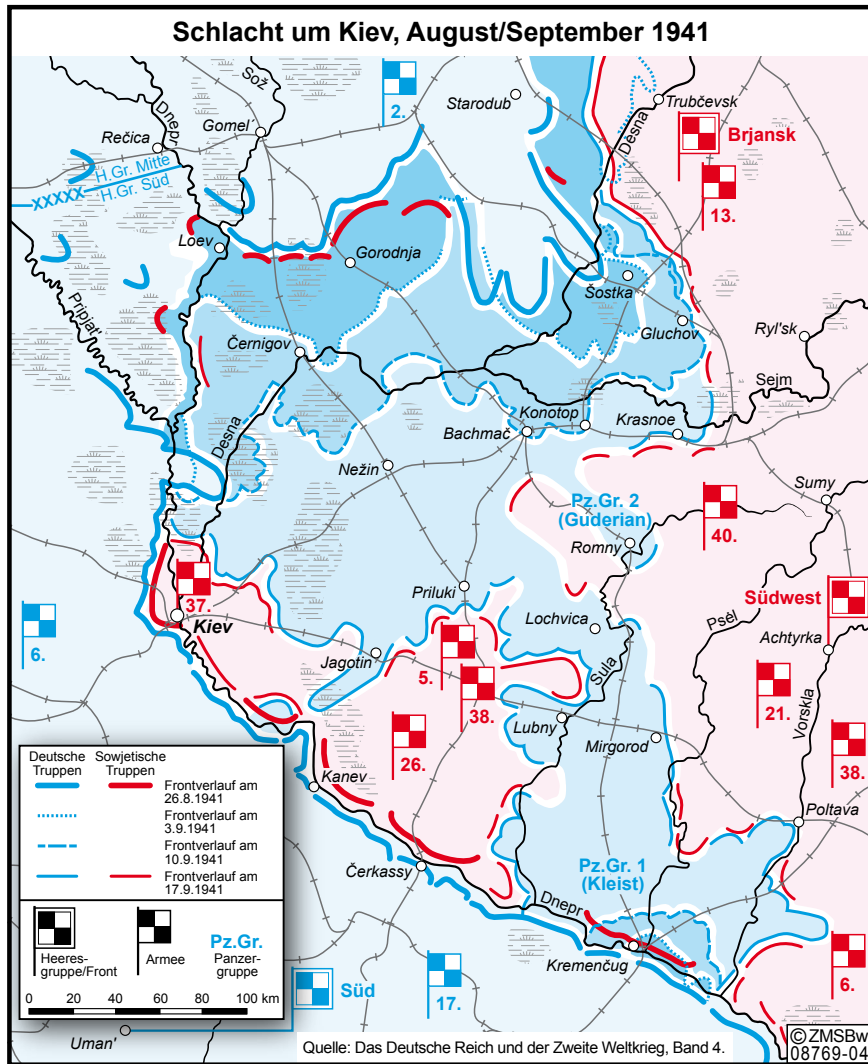
Halten um jeden Preis

Auf einer Besprechung des sowjetischen Oberkommandos (Stawka) am 29. Juli 1941 hatte Josef Stalin angeordnet, dass Kiew um jeden Preis zu halten sei. Der sowjetische Diktator glaubte nicht an ein südliches Abschnen von Kräften der Heeresgruppe Mitte, sondern dass Moskau immer noch das Hauptziel von Hitlers Offensive sei. Sein Chef des Ge-



Ulstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherf

In Schutt und Asche: Ruinen und Rauch prägten das Stadtbild von Kiew im September 1941. Durch Kampfhandlungen und Brände wurden weite Teile der ukrainischen Hauptstadt zerstört.



neralstabes, Armeegeneral Georgi Schukow, beurteilte die Lage anders: Ihm zufolge hätte die Wehrmacht nicht genügend Kräfte für eine Offensive gegen Moskau und würde Erfolge nun auf den Flügeln suchen. Von einer drohenden Einschließung Kiews wollte Stalin aber nichts hören.

Dabei war die exponierte Stellung der sowjetischen Südwest-Front von Generaloberst Michail Kirponos im Frontbogen zwischen Desna und Dnjepr – mit der Festung Kiew als Spitze – nicht zu übersehen. Fünf Armeen mit zusammen etwa 850 000 Soldaten waren von mehreren Seiten bedroht. Anstatt eines Rückzuges, wie Schukow es vorsah, schickte Stalin sogar noch Verstärkung. Wie Hitler hatte sich auch Stalin gegen seine Generalität durchgesetzt. Mitte

August warnte Schukow in einem Brief an Stalin noch einmal vor dem südlichen Vorstoß der Wehrmacht. Stalin blieb dennoch unbesorgt und spielte damit Hitler in die Hände.

Umfassung

Drei deutsche Armeen sowie zwei Panzergruppen waren an der Umfassungsoperation von Kiew beteiligt. Von der Heeresgruppe Mitte schwenkte die Panzergruppe 2 als linker Zangenarm nach Süden. Sie hatte bis Ende August 1941 die Desna gewonnen und stieß weiter zum Sejm und zur Sula vor. Am 10. September konnte ihre Spitze, die 3. Panzerdivision, Romny einnehmen. Hier war eigentlich der Zusammenschluss mit der aus Süden angreifenden Panzer-

gruppe 1 vorgesehen, um den Kessel zu schließen. Da diese aber langsamer vorankam, stieß die Panzergruppe 2 ihr entgegen.

Parallel zur nördlichen Umfassung drückten die 2. und 6. Armee den geplanten Kessel von Norden sowie Westen her ein. Im Süden gelang der 17. Armee Anfang September die Bildung von Brückenköpfen über den Dnjepr bei Kremenchug. Allerdings führte die Rote Armee rasch Kräfte heran. Der Vorstoß des deutschen rechten Zangenarms verzögerte sich. Mehrere Tage mussten sowjetische Gegenstöße abgewehrt werden, während Gewässerübergänge angelegt wurden. Aus dem Brückenkopf heraus griff die Panzergruppe 1 am 12. September nach Norden in Richtung Lubny an. Die 16. Panzerdivision stieß als Angriffsspitze ohne Rücksicht auf liegengebliebene Gegner vor. Die 17. Armee setzte ihre Kräfte vor allem zum Schutz der Ostflanke in Richtung Poltawa an. Am 14. September nahm die 16. Panzerdivision Lubny ein. Aus Lochwiza hatte sich inzwischen von Norden ein Spähtrupp der Panzergruppe 2 ange nähert. Damit war der Kessel von Kiew geschlossen.

Kesselschlacht und Eroberung

Über 40 sowjetische Divisionen waren eingeschlossen. Mit seinem Rückzugsverbot hatte Stalin ihr Schicksal besiegelt. Bei den Verbänden traten Auflösungserscheinungen ein. Ohne einheitliche Führung leisteten verschiedene Kampfgruppen örtlich unterschiedlich starken Widerstand. Ein Aufbrechen des Kessels von Osten her misslang. Die deutschen Truppen wehrten die verzweifelten Ausbruchversuche ab und trieben zudem Keile in die sowjetischen Truppen, um so den Kessel in mehrere kleine Kessel aufzuspalten und damit einen möglichen einheitlichen sowjetischen Ausbruchversuch zu verhindern.

In Kiew befand sich die höchste Konzentration an eingeschlossenen Kräften. In stark befestigten Stellungen leisteten die sowjetischen Truppen zähen Widerstand, doch am Ende war die Stadt nicht

mehr zu halten. Stalin gab den Befehl zur Räumung. Am 19. September war Kiew schließlich in deutscher Hand. Sowjetische Nachhut hatten zuvor noch größere Gebäude, die als Truppenunterkünfte oder Stabsquartiere dienen konnten, vermint. Mehrere Explosionen und ein dadurch ausgelöster Großbrand führten zu hunderten Toten unter den deutschen Soldaten und der Zivilbevölkerung.

Dies bestätigte Hitler in seiner Auffassung, Großstädte nicht mehr einzunehmen, sondern mit Artillerie und Luftwaffe zur Kapitulation zu zwingen. Außer bei Leningrad wurde dieser Ansatz aber nirgends weiterverfolgt. Die Truppe war aus praktischen Gründen einfach auf die städtische Infrastruktur angewiesen.

Die Kämpfe im Osten von Kiew dauerten noch bis zum 26. September, dann kapitulierten die letzten eingeschlossenen sowjetischen Verbände. Etwa 665 000 Rotarmisten gerieten in Gefangenschaft.

Massenmord

Die Einnahme Kiews war zugleich der Beginn der deutschen Besatzungsherrschaft in der Großstadt. Die SS-Einsatzgruppe C erfasste die jüdische Be-

Babij Jar

Über Babij Jar, da steht keinerlei Denkmal.

Ein schroffer Hang – der eine unbebaute Grabstein.

Mir ist angst.

Ich bin alt heute,

so alt wie das jüdische Volk.

Ich glaube, ich bin jetzt ein Jude.

*Jewgeni Jewtuschenko, 1961
(übers. von Paul Celan)*

völkerung. Unter dem Vorwand einer Umsiedlungsmaßnahme ermordete sie mit Unterstützung von Polizei, Wehrmacht sowie ukrainischer Milizen am 29. und 30. September in der Schlucht von Babyn Jar am Stadtrand von Kiew fast 34 000 Juden. Die jüdische Dimension des Massakers war im sowjetischen Gedenken lange Zeit verschwiegen worden und wurde erst 1961 durch Jewgeni Jewtuschenkos Gedicht »Babij Jar« Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse. Heute ist Babyn Jar ein Symbolbild für den »Holocaust durch Kugeln« als Teil des deutschen rasseideologischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges im Osten. Es war zugleich

die größte einzelne Massentötung außerhalb der Vernichtungslager. Auch in den folgenden Monaten wurden im Großraum Kiew Tausende weitere Menschen durch die SS ermordet.

Ein fataler Triumph

Die Umfassungsoperation von Kiew im Spätsommer 1941 war ein operativer Triumph für die Wehrmacht. Die NS-Propaganda überhöhte diesen als Beweis für die eigene militärische Überlegenheit.

Der Sieg bei Kiew führte bei Hitler und auch dem Militär zu einer übertrieben positiven Stimmung. Hoffnungen wurden laut, noch vor dem Winter in den Kaukasus vorzustoßen. Auch nahm die Heeresführung an, dass nach der Vernichtung großer Teile der Roten Armee der sowjetische Widerstand gebrochen war und ein verspäteter Stoß auf Moskau immer noch möglich sei.

Doch die Kiewer Operation hatte wertvolle Zeit gekostet. Es war aber nicht nur die Zeit, an der es der Wehrmacht mangelte. Auch ihre Kampfkraft war erheblich gesunken. Die bisherigen Verluste in den ersten Monaten des Ostkrieges konnten nur in Bruchteilen ausgeglichen werden.

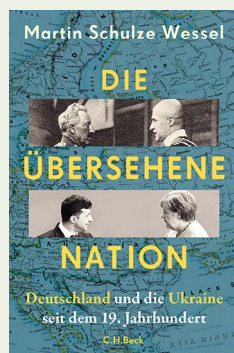
Auf der sowjetischen Seite führte die Niederlage von Kiew zu einem Umdenken in der Kriegführung der Roten Armee. Die Operationsführung sollte flexibler erfolgen und Reserven besser eingesetzt werden. Nach Kiew hielt die Rote Armee nur noch selten ihre Stellungen um jeden Preis. Ende 1943 befreite sie Kiew schließlich wieder von einer fast 800-tägigen deutschen Besatzungsherrschaft. Gewalt und Zerstörung hatten jedoch zu einem demografischen Zusammenbruch der ukrainischen Großstadt geführt.

Oberstleutnant Dr. Chris Helmecke ist Leiter der Ansprechstelle des Museums- und Sammlungsverbundes der Bundeswehr am Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden. Er forscht zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und zur Theorie des Kampfes.



Geplantes Verbrechen: Der »Holocaust durch Kugeln« war ein wesentliches Charakteristikum des deutschen Vernichtungskrieges im Osten. Krieg und Massenmord waren eng miteinander verbunden.

Bücher



Deutsch-ukrainische Beziehungen

Nur zwei Flugstunden von Berlin entfernt herrscht Krieg. Darauf wird heutzutage häufig hingewiesen, wenn deutlich gemacht werden soll, wie nah sich die Ukraine und Deutschland sind. Geografisch. Doch im Hinblick auf das deutsch-ukrainische Verhältnis stellt sich die Lage anders dar, wie der Historiker Martin Schulze Wessel aufzeigt. In seinem Buch zeichnet er ein Bild davon, wie die Ukraine über ein Jahrhundert zu einer Blindstelle in der deutschen Wahrnehmung wurde. Hierzu trug nicht zuletzt das einflussreiche deutsch-russische Verhältnis bei, das den deutschen Blick immer wieder einfärbte und die Nationalstaatlichkeit der Ukraine infrage stellte. Die ignorierte und verdrängte Geschichte der Ukraine führte auch die deutsche Politik auf Abwege, so Schulze Wessel. Sein Buch soll dem entgegenwirken, Wissen vertiefen und den Blick schärfen. Denn die deutsch-ukrainischen Beziehungen sind inzwischen von existenzieller Bedeutung, für die Ukraine, für Deutschland und für Europa.

Cornelia Juliane Grosse

Martin Schulze Wessel, *Die übersehene Nation. Deutschland und die Ukraine seit dem 19. Jahrhundert*, München 2025. ISBN 978-3-406-82174-5, 287 S., 28,00 Euro



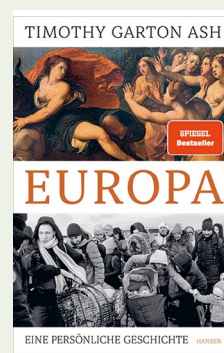
Antike Schlachtplatte

Die Antike, eine zivilisierte, erhabene Epoche? Weit gefehlt! Die beliebten Klischees von Athener Demokratie, Römischen Recht und klassischem Altertum werden im neuen Buch des Geschichtswissenschaftlers Michael Sommer und seines Lektors Stefan von der Lahr launig demaskiert. Angefangen bei der mythischen Troja-Sage über Alexander den Großen und Cäsar bis hin zur Völkerwanderung widmen sich die Autoren unterhaltsam, aber dennoch fundiert, den titelgebenden gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Wer also wissen will, warum Großkönig Xerxes das Meer auspeitschen ließ, was es mit der gefürchteten homosexuellen Elite-Einheit der Thebaner, der »Heiligen Schar«, auf sich hatte, und warum es keine gute Idee ist, Orakel-Hühner über Bord zu werfen, findet hier ein einsteigerfreundliches, flott lesbares Buch. Eine gelungene Schilderung der Antike als die brutale Epoche, die sie war – von wegen »edle Einfalt, stille Größe«.

Tobias Pech

Michael Sommer, Stefan von der Lahr, *Die verdammte blutige Geschichte der Antike ohne den ganzen langweiligen Kram*, München 2025. ISBN 978-3-406-83075-4, 364 S., 26,00 Euro

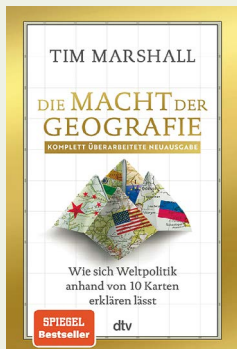


Europas Geschichte persönlich

Am Strand von Ver-sur-Mer in der Normandie stehend erinnert sich Timothy Garton Ash an seinen Vater, der am 6. Juni 1944 hier an Land ging. Und er erinnert sich an »eine Werft in Gdansk, ein Theater in Prag, eine Mauer in Berlin, ein Schlachtfeld in der Krajina«. Das ist, was sein Buch ausmacht: Orte, Ereignisse und seine Begegnungen mit Menschen – Europas Geschichte in persönlichen Erinnerungen geschrieben. 1955 geboren, kann Ash aber erst ab den 1970er-Jahren darauf bauen, so greift er auch auf Erinnerungen anderer zurück, zitiert aus Gesprächen mit führenden Politikern, »aber auch aus Begegnungen mit sogenannten einfachen Leuten, die oft viel bemerkenswertere Menschen sind als ihre Politiker«. In Ver-sur-Mer stimmten 2017 mehr als ein Drittel für Marine Le Pen, 2022 noch mehr, »wegen der Einwanderung«, sagt ihm ein Einwohner im Bistro. Der Brite Ash versucht, den Franzosen von der EU zu überzeugen. Das ist auch das Ziel seines Buches: Lehren aus der Geschichte zu ziehen, für Europa zu werben.

Klaus Storkmann

Timothy Garton Ash, *Europa. Eine persönliche Geschichte*, München 2025, ISBN 978-3-423-35257-4, 452 S., 18,00 Euro

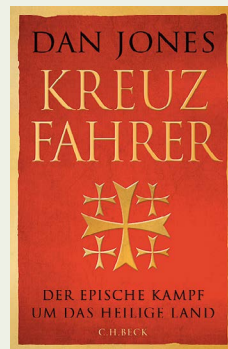


Geografie macht Geschichte

Wir nehmen unsere Umgebung in der Regel als gegeben hin. Die meisten haben gelernt, welches Land am Meer liegt, wo sich Gebirge und Flüsse befinden, wo Wüsten, Dschungel oder vereiste Küsten die Landschaft prägen. Doch welchen Einfluss die Topografie einzelner Regionen oder verfügbare Ressourcen auf internationale Entwicklungen haben, ist nur wenigen bewusst. Tim Marshall zeigt in seinem Buch, das nun in einer deutlich aktualisierten und erweiterten Neuauflage erschienen ist, wie mächtig diese Grundkonstituenten waren und sind, welche Bedeutung etwa die nordeuropäische Tiefebene für Russland hat oder warum der Himalaja als Konfliktbarriere zwischen Indien und China wirkt. In zehn Kapiteln, die sich jeweils einem Land widmen, legt Marshall dar, dass die Geografie politische und militärische Entscheidungen maßgeblich mitbestimmt. Denn alle Staatenlenker müssen innerhalb der Grenzen agieren, die die Geografie ihnen setzt. Ein wichtiger Blickwinkel in Zeiten einer erneuerten Geopolitik.

Cornelia Juliane Grosse

Tim Marshall, Die Macht der Geografie. Wie sich Weltpolitik anhand von zehn Karten erklären lässt, München 2025. ISBN 978-3-423-28482-0, 480 S., 25,00 Euro

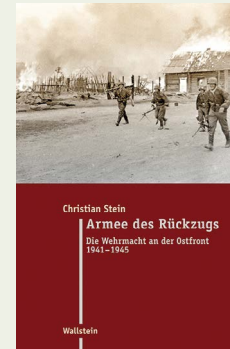


Gott will es?

In seiner neuesten Veröffentlichung entführt uns Dan Jones erneut ins Mittelalter. Aus den Perspektiven verschiedener Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, etwa eines raubeinigen normannischen Adligen, eines aus seiner Heimat vertriebenen muslimischen Gelehrten und einer byzantinischen Prinzessin, betrachtet er dieses Mal die Geschichte der Kreuzzüge. Dabei spart Jones Randerscheinungen wie die von fanatischen Predigern ausgelösten Volkskreuzzüge ebenso wenig aus wie antisemitische Ausschreitungen, Plünderungen und Verwüstungen durch die Kreuzfahrer. Die Nachwirkungen gingen, so Jones, noch weit über das Ende der eigentlichen Kreuzzugsära hinaus. So befeuerte der Kreuzfahrergedanke etwa den missionarischen Eifer der Europäer bei der Kolonisierung Amerikas, bevor er ab dem 16. Jahrhundert langsam an Strahlkraft verlor. Doch bis heute greifen christliche wie muslimische Extremisten die Kreuzzüge auf, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Das ist »Infotainment« auf höchstem Niveau.

Dennis Werberg

Dan Jones, Kreuzfahrer. Der epische Kampf um das Heilige Land, München 2025. ISBN 978-3-406-83426-4, 544 S., 36,00 Euro



Wehrmacht im Rückzug

Viel ist geschrieben worden über die »Blitzsieg« der Wehrmacht in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges. Von ihren Rückzügen ist hingegen weniger zu lesen. Doch dabei befand sich die Wehrmacht in der Mehrheit ihrer Einsatzzeit in der Defensive und nicht in der Offensive: Sie war eine »Armee des Rückzugs«. Steins Studie mit dem gleichnamigen Titel schließt nun eine wichtige Forschungslücke. In fünf Fallbeispielen untersucht er die Rückzüge der Wehrmacht an der Ostfront zwischen 1941 und 1945. Er verdeutlicht die Komplexität der Rückzugsbewegungen zwischen Konzept, militärischen Praktiken, wirtschaftlicher Kooperation sowie Kriegsverbrechen. Dabei haben die deutschen Soldaten eine »Kultur der Rücksichtslosigkeit« entwickelt, insbesondere gegen die sowjetische Bevölkerung und Infrastruktur, aber auch gegen die eigenen Kameraden. Der Krieg der Wehrmacht im Osten war vorwiegend ein »Krieg der Niederlagen und Rückzüge«. Steins Arbeit hilft, diese Operationsform nun besser zu verstehen.

Chris Helmecke

Christian Stein, Armee des Rückzugs. Die Wehrmacht an der Ostfront 1941-1945, Göttingen 2025. ISBN 978-3-8353-5921-5, 548 S., 46,00 Euro

Medien

Echtzeitstrategie mit militärhistorischem Schwerpunkt

Age of Empires II Definitive Edition,
World's Edge und Forgotten Empires,
32,99 €

»Rom ist untergegangen – die Welt ist wieder zu haben.« Mit diesen Worten bewarb 1999 Ensemble Studios den zweiten Teil der Echtzeitstrategiespielreihe »Age of Empires«, die seinerzeit noch auf CD-ROM erschien. Der Titel bescherte zahlreichen Spielerinnen und Spielern weltweit nicht nur viel Freude, sondern bedeutete für nicht eben wenige auch einen ersten Kontakt mit Militärgeschichte. So war »Age of Empires« von Anfang an mehr als nur Unterhaltung: In einem eigenen Untermenü zur Geschichte konnte man sich mit angenehm lesbar gestalteten Texten über die historischen Hintergründe der im Spiel verfügbaren, d.h. spielbaren, Zivilisationen informieren.

Um den Einstieg ins Spiel zu erleichtern, wurde eine Lernkampagne empfohlen, in der man den schottischen Nationalhelden William Wallace beim Kampf gegen die Engländer begleiten konnte. Die Spielerinnen und Spieler

lernten dabei nicht nur die Grundlagen des Spiels, sondern erfuhren auch viel über die Geschichte des schottischen Freiheitskampfes an der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert. Zwischen den Missionen erzählten animierte Sequenzen die zuvor (nach-)gespielte Geschichte weiter und kontextualisierten sie. Die Kampagne gipfelte schließlich in der Mission »The Battle of Falkirk«. Die Schlacht fand am 22. Juli 1298 statt und war die letzte offene Feldschlacht der Schotten gegen die Engländer. Sie endete mit einem englischen Sieg. Neben der Lernkampagne gab es freilich noch zahlreiche weitere spielbare Kampagnen und einzelne historische Schlachten. Dabei deckte das Spiel das gesamte Mittelalter bis in die Frühe Neuzeit ab – von Tours im Jahr 732 bis hin zur Seeschlacht von Lepanto 1571.

Im Jahr 2005 brachte Ensemble Studios den dritten Teil der Reihe raus, der insgesamt jedoch flopte, weil er die hohen Erwartungen der Fans nicht erfüllen konnte. Das »Age of Empires«-Franchise war nach dem Fehlschlag beinahe am Ende, doch Totgesagte leben länger: 2019 wurde der zweite Teil von einem anderen Studio überarbeitet – Spielmechaniken wurden angepasst



mauritus images / Ralf Liebold / Alamy / Alamy Stock Photos

Weltreiche international: Die neuen Erweiterungen der »Age of Empires«-Serie richten den Blick auch auf außereuropäische Schauplätze.

und die Grafik verbessert. Die Veröffentlichung dieser »Definitive Edition« hauchte dem Spiel neues Leben ein und führt seitdem zu regelmäßigen Veröffentlichungen neuer Spielerweiterungen (DLC). Die aktuellste ist »The Last Chieftains«. Sie nimmt die Spielerinnen und Spieler mit nach Südamerika und beleuchtet den Freiheitskampf der südamerikanischen Reiche der Tupi, Mapuche und Muisca gegen die europäischen Invasoren. Die Aufmerksamkeit wird somit auch auf außereuropäische Schauplätze gelenkt. Dies hilft, eine auf Europa und den Westen ausgerichtete Geschichtswahrnehmung zu erweitern: Gruppen, die in der modernen, westlich geprägten Geschichtswissenschaft überwiegend als Opfer erscheinen, erhalten hier eine aktive Rolle. Was in der postkolonialen Debatte gefordert wird, ist in der Gaming-Welt schon Realität.

»Age of Empires II Definitive Edition« ist inklusive der neuesten Erweiterung »The Last Chieftains« auf den gängigen Gaming-Plattformen erhältlich, sowohl für X-Box und Playstation als auch für PC – allerdings nicht für den Dienstrechner.

Martin H. Schulz

Eintauchen in Geschichte: »Age of Empires« bietet die Möglichkeit, spielerisch den geschichtlichen Horizont zu erweitern.



mauritus images / Alejandro Bernal / Alamy / Alamy Stock Photos

Ausstellungen

AARAU (Schweiz)

Museum der Schweizer Kavallerieschwadron 1972
Zeughaus Aarau
Rohrerstraße 9
CH-5000 Aarau
Tel.: 00 41 / 79 36 50 986
www.kavallerieschwadron.ch
Dauerausstellung
Geöffnet nach Absprache
Eintritt: 10,00 CHF

AMERSFOORT (Niederlande)

Museum Nederlandse Cavalerie
Barchman Wuytierslaan 198
NL-3818 LN Amersfoort
Tel: 00 31 / 88 95 69 102
www.cavaleriemuseum.nl
Dauerausstellung
Dienstag bis Freitag
10.00 bis 16.00 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro
Ermäßigt: 3,00 Euro
Bis 6 Jahre frei

BONN

Du bist Teil der Geschichte
Haus der Geschichte
Museumsmeile
Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn
Tel.: 0 228 / 91 65 400
www.hdg.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Freitag
09.00 bis 18.00 Uhr
Samstag, Sonn- und Feiertag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

ERFURT

Verfolgen und Aufklären. Die erste Generation der Holocaustforschung
Erinnerungsort Topf & Söhne
Sorbenweg 7
99099 Erfurt
Tel.: 0 361 / 65 51 681
www.topfundsoehne.de
Sonderausstellung
Bis 17. Mai 2027
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

INGOLSTADT

Making Max Emanuel – Wie wird man zur Legende?
Bayerisches Armeemuseum
Neues Schloss
Paradeplatz 4
85049 Ingolstadt
Tel.: 0 841 / 93 77 220
www.armeemuseum.de
Sonderausstellung
Bis 4. Oktober 2026
Dienstag bis Freitag
09.00 bis 17.30 Uhr
Samstag und Sonntag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
Ermäßigt: 4,00 Euro
Bis 18 Jahre frei

PINEROLO (Italien)

Museo Cavalleria
Viale Giovanni Giolitti n.5
I-10064 Pinerolo (TO)
Tel.: 00 39 / 01 21 37 63 44
www.museocavalleria.it

Dauerausstellung
Montag bis Donnerstag
08.00 bis 16.30 Uhr
Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

PRORA

MACHTUrlaub – Das KdF-Seebad Prora
Dokumentationszentrum
Prora
Dritte Straße 4 (Block III)
18609 Prora
Tel.: 0 38 39 / 31 39 91
www.proradok.de
Dauerausstellung
Täglich
10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Eintritt: 7,00 Euro
Ermäßigt: 3,00 Euro
Bis 12 Jahre frei

REGENSBURG

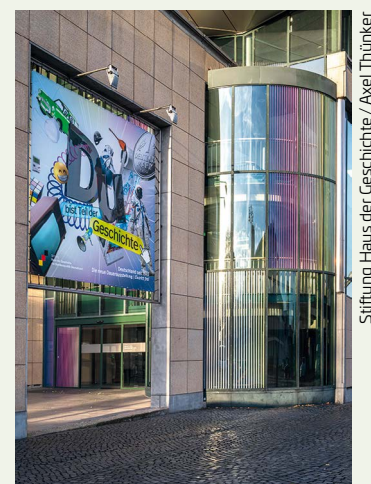
Brennpunkt Bayern – Hitler und der Kampf um die Demokratie
Haus der Bayerischen Geschichte
Donaumarkt 1
93047 Regensburg
Tel.: 0 941 / 598 51 0
www.hdbg.de
Sonderausstellung
Bis 7. August 2027
Dienstag bis Sonntag
09.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Eintritt: 7,00 Euro
Ermäßigt: 5,00 Euro
Bis 18 Jahre und Studierende unter 30 Jahre frei

SAUMUR (Frankreich)

Musée de la Cavalerie
Place Charles de Foucauld
F-49400 Saumur
Tel.: 00 33 / 02 41 83 69 23
www.musee-cavalerie.fr
Dauerausstellung
Freitag bis Mittwoch
10.00 bis 18.30 Uhr
Eintritt: 9,00 Euro
Ermäßigt: 7,00 Euro
Bis 7 Jahre und für Militärangehörige frei

SCHLEISSHEIM

Deutsches Museum – Flugwerft Schleißheim
Effnerstraße 18
85764 Oberschleißheim
Tel.: 089 / 21 79 333
www.deutsches-museum.de
Dauerausstellung
Täglich 09.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 9,00 Euro
Ermäßigt: 6,00 Euro
Bis 5 Jahre frei



Das Haus der Geschichte im neuen Design.

Stiftung Haus der Geschichte / Axel Thünker

Der besondere Tipp

14. Flugplatzfest & Tag der Reservisten am 5./6. September 2026 in Berlin-Gatow

Jährlich bietet das erste Septemberwochenende ein besonderes Highlight in der Berliner Museumslandschaft: der Flugplatz Gatow, eine Abteilung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr in Dresden, öffnet seine Hangars sowie Start- und Landebahnen. Den Rahmen bildet ein spannendes Programm für Geschichts-, Luftfahrt- und Technikinteressierte. Das Besondere ist die Vielfalt an Ausstellern und Events, die sich an alle Zielgruppen richtet. Das »größte Familienfest der Bundeswehr« in Berlin und Brandenburg zog in den letzten Jahren regelmäßig jeweils über 25 000 Gäste an.

Rund 20 historische Flugzeuge werden erwartet, die sonst nicht in Gatow zu sehen sind, darunter eine Antonov AN-2, eine Boeing-Stearman und eine Bucker »Jungmann«. Sie werden sich als *Static Display* in das Ensemble der auf dem Gelände ständig ausgestellten Militärflugzeuge, -hubschrauber und Waffensysteme einfügen. Als museale Partner werden die Berliner Polizeihistorische Sammlung und das Luftbrückenmuseum Faßberg vertreten sein: die Berliner Luftbrücke spannte sich 1948/49 unter anderem von Faßberg nach Berlin-

Gatow, sodass diese beiden historischen Orte damit neu verknüpft werden. Neben zahlreichen Blaulichtorganisationen informiert auch die Bundeswehr selbst mit einigen Dienststellen über ihren Auftrag: Bundeswehrverwaltung, Sanitätsdienst, Fahrschule, das Wachbataillon und Verbände der Luftwaffe wollen mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch kommen.

Die Faszination Fliegerei bildet das Hauptaugenmerk der Veranstaltung, daher werden zahlreiche Starts und Landungen stattfinden. Als *Walking Act* wird die Star Wars Legion 501 das Gelände bestreifen. Ein Hangar wird für den Plastikmodellbau reserviert sein. Lokale und überregionale Vereine und Netzwerke informieren über Möglichkeiten der Hilfe, der Betreuung und des Austausches untereinander, z.B. das Bundeswehrsozialwerk, die Militärseelsorge, der Bund Deutscher Einsatzveteranen oder der Deutsche Bundeswehrverband. Der Gatower Museumsanteil des MHMBw fokussiert auf die Geschichte der militärischen Luftfahrt, die in der Dauerausstellung erkundet werden kann. Zusätzlich wird 2026 auch die Sonderausstellung »War Zones« gezeigt, die sich durch Fotografien den Erlebnissen niederländischer Soldaten während der Missionen auf dem Balkan und in Afghanistan annähert. Die Luftwaffe blickt außerdem in einer besonderen Jubiläumsausstellung auf die 70 Jahre ihres Bestehens zurück.

Für das leibliche Wohl sorgen zahlreiche kulinarische Angebote. Planen Sie Ihren Besuch am 5. und 6. September 2026 in Berlin-Gatow ganz individuell mithilfe der Website:

gatow.mhmbw.de

Impressum

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Oberst Dr. Frank Hagemann und Oberst Dr. Martin Hofbauer (V.i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Cornelia Juliane Grosse M.A.

Chef vom Dienst:
Major Martin Schulz M.A.

Redaktion:
Hauptmann Luisa Eckert M.A.
Oberstleutnant Dr. Chris Helmecke
Major Tobias Pech M.A.
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Oberstleutnant Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Redaktionsassistent: Christine Mauersberger
Lektorat: Björn Mielbrandt
Karten: Bernd Noglig
Ausstellungen: Daniel Schilling M.A.
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMil.Geschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 16,50 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Beginn eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
E-Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2026 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163



MHMBw FPI Berlin-Gatow / Ralf Walter Heldenmaier

Großer Andrang: Das Flugplatzfest in Gatow ist jedes Jahr ein Besuchermagnet.

Daniel Schilling

Besucherzentrum KOMMANDO.SPEZIAL.KRÄFTE

Mit dem Besucherzentrum des Kommandos Spezialkräfte (KSK) ist 2022 ein Informationsraum außerhalb der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw eröffnet worden, der als Begegnungsstätte für den Austausch, die Präsentation und die kritische Diskussion dient. Die Öffentlichkeit kann sich hier über das oft als »Blackbox« wahrgenommene KSK informieren und auch aktive und ehemalige Kommandokräfte kommen mit Familie und Freunden hierher, um die eigene Tätigkeit zu erklären und greifbar zu machen. Medienstationen, Ausrüstungsgegenstände, Großgeräte und interaktive Module ermöglichen den Blick »hinter die Kulissen«. Verbandsangehörige vermitteln in Führungen authentische Einblicke in die einzigartigen Themen, den Kampfauftrag und den herausfordernden Alltag der Menschen in dieser besonderen Dienststelle.

Die Ausstellung berichtet über vorbildliche Einsätze und Persönlichkeiten des KSK, an denen sich das Selbstverständnis der Angehörigen des Verbandes ausrichtet und die mittlerweile eine eigene Tradition begründen.



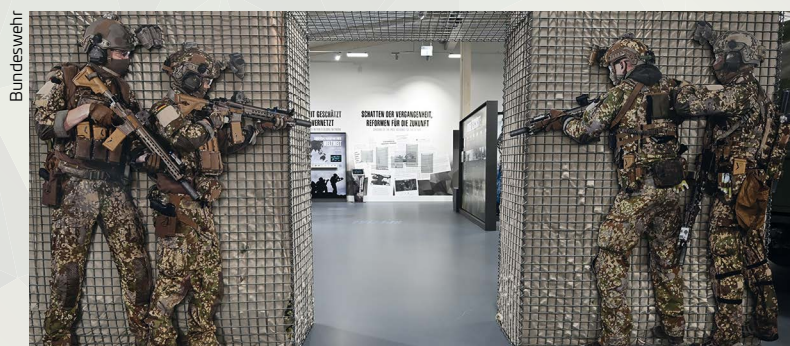
Bundeswehr



Bundeswehr



Bundeswehr



Bundeswehr



Bundeswehr



Besucherzentrum KSK
Graf-Zeppelin-Straße 22
75365 Calw



Die Kontaktaufnahme erfolgt über das
Buchungs-Tool hinter dem QR-Code.

Publikationen des ZMSBw



Technikwissen und Wissenstechniken. Konstellationen von Militär, Wissen und Technik seit der Hochmoderne.

Hrsg. im Auftrag der Technischen Universität Braunschweig und des ZMSBw von Christian Kehrt, Markus Pöhlmann und Frank Reichherzer.
Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2026
(= Beiträge zur Militärgeschichte, 85),
310 Seiten, 39,95 €, ISBN 978-3-11-138052-0;
E-Book im EPUB-Format: 39,95 Euro,
ISBN 978-3-11-138116-9

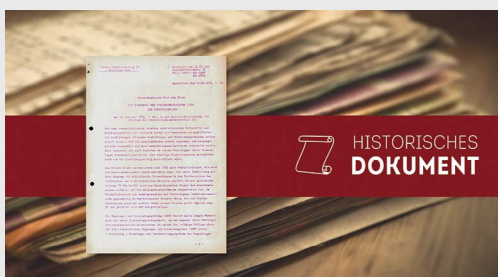


Christian Stachelbeck Wissen und Krieg Taktisches Lernen des deutschen Heeres 1888–1926

Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2026
(= Zeitalter der Weltkriege, 27),
IX + 426 Seiten, 44,94 Euro
ISBN 978-3-11-224059-5,



HISTORISCHES DOKUMENT



Wehrpflicht und Losverfahren

2025 gab es die Idee, dass ein Losverfahren dazu beitragen könnte, den künftigen Aufwuchs der Bundeswehr sicherzustellen. Diese Option fand auch während des Kalten Krieges schon einmal Anwendung, wie eine Quelle aus dem Bundesarchiv belegt.